

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 63 (1929)

172 (28.6.1929)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-750703](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-750703)

Die "Nachrichten" erscheinen täglich, auch an den Sonntagen. Man bestelle bei allen Postämtern in Oldenburg in der Reichsstraße, Vertelr. 22, bei den 43 Vertelr. ohne Postamt für den Monat Juni 2,25 Reichsmark.

Verlagsanstalt: Schriftf. Nr. 150, Oldenburg, Nr. 46 u. 47. Sonnt.: Oldenburg-Verlag. Postfach: Hannover 22381.

Einzelpreis 10 Pf.

Anzeigen aus Oldenburg kosten die 30 mm breite mm-Zeile 10 Pf., auswärts 14 Pf., Familienanzeigen 8 Pf., im Zeitvertil die 30 mm breite mm-Zeile für die 40 Pf., auswärts 50 Pf.

Bei Betriebsänder., Streit usw. hat der Verleger keinerlei Anspruch auf B. Verlegung d. Abz. od. Kündigung d. Bezugspreises.

Nachrichten für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 172

Oldenburg, Freitag, den 28. Juni 1929

63. Jahrgang

Gegen die Kriegsschuldfrage!

Der Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Unsere Jugend und der Friede von Versailles.

Zur zehnjährigen Wiederkehr des Unterzeichnungstages.

Von Dr. K. Fissen.

Es ist im Artikel 148 der deutschen Reichsverfassung festgelegt, daß „jeder Schüler bei Beendigung der Schulpflicht einen Ausdruck der Reichsverfassung erhält.“ So trägt dieses kleine Heft mit den 181 Paragraphen auf 60 Seiten, in der Reichsdruckerei gedruckt, als Widmung „Den Schülern und Schülerinnen zur Schulentlassung“. Diese Ausständigung hat ihre volle Berechtigung; denn in der „Einführung in die Reichsverfassung“ heißt es u. a.: „Früh schon beruft die Verfassung unsere Jugend zur vollberechtigten Mitwirkung am öffentlichen Leben, und diese frühe Berechtigung legt wiederum frühe Pflichten auf.“ Darum ist es gut, wenn die Jugend Gelegenheit hat, sich schon so früh wie möglich mit jenen 181 Artikeln zu beschäftigen. Wer aber aufmerksam die Einleitung des kleinen Heftes liest, muß bei der Besprechung dieses Verfassungswortes von Weimar bei einem Satze halt machen: „Wohl warf der grausame Friede von Versailles seine düsteren Schatten in diese Arbeit des Wiederaufbaues...“ Oder bei dem erwähnten und erhofften Anstich der Desterreicher: „Nun hat der Machtspruch der feindlichen Sieger die ersehnte Vereinigung mit dem deutschen Vaterlande verlag.“

Das heißt: Es gibt etwas, was ausfallgebend und beherrschend über diesen 181 Artikeln jedes deutschen Staatsbürgers steht, das wie ein Druck auf ihnen lastet und mitbestimmend wirkt. Von diesem tonangebenden Worte, diesem „grausamen Frieden von Versailles“ hört die deutsche Jugend nur viel zu wenig. Während z. B. in Frankreich das Versailles Friedensbündel auf der Oberstufe aller Schulen bis ins einzelne abschnittsweise behandelt wird, geschieht in Deutschland auf diesem Gebiete verhältnismäßig wenig. Die französische Jugend soll diesen „Vertrag“ der Lüge und Schande ohne Bedenken hinnehmen. Das gehört zum „patriotischen“. Wieviel mehr Grund und Berechtigung hätten wir Deutschen, dem heranwachsenden Geschlecht mit aller Deutlichkeit dieses Friedensbündel von Versailles nahe zu legen! So gehörte wohl neben dem Heft mit der Reichsverfassung ein Fäiskus aus dem Versailles Friedensbündel in die Hände unserer schulentlassenden Jugend. Das eine nicht ohne das andere. Es gibt entsprechende Druckschriften: „Der Friedensvertrag in 101 Forderungen“ in ebenso handlicher Form wie unsere Reichsverfassung. Und wenn es sie nicht gäbe, dann müßten solche Auszüge hergestellt werden. Denn es handelt sich um rein vaterländische Fragen, die mit Politik oder gar mit Parteipolitik nicht gemein haben. Es handelt sich um die Ehre unseres Vaterlandes, um die Schmach unseres Volkes, in die unsere Jugend hineinwachsen soll.

Die deutsche Jugend mit allen 440 Artikeln des Friedensbündels, das nunmehr über zehn Jahren, am 28. Juni 1919, gestungenerweise unterzeichnet wurde, bekanntzumachen, wäre nutzlos, wenn gleich unsere Feinde es tun. Aber schlagartig treten aus diesen 440 Paragraphen einige hervor, die jedem jungen Deutschen so vertraut sein müßten, daß er bei jeder Gelegenheit mit voller Ueberzeugung dagegen aufstehen könnte. An erster Stelle muß der ins Leben tretende deutsche Jugend Artikel 231 vor Augen gehalten werden: „Deutschland erkennt an, als Urheber für alle Schäden und Verluste verantwortlich zu sein, die der Krieg den Feinden gebracht hat. Deutschland hat durch seinen Angriff den Feinden den Krieg aufgezungen.“ — Es ist der Paragraph von der großen „Kriegsschuldfrage“, der nach dem Ausbruch von Verdun und Soissons der ganze Versailles Vertrag ruht und fällt. „Die deutsche Verantwortung für den Krieg ist die Basis, auf der der Bau des Vertrages von Versailles errichtet worden ist. Wenn dieses Einverständnis abgelehnt oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.“ (Londoner Konferenz, 3. März 1921.)

Aus diesen Worten geht die ungeheure Bedeutung des Artikels 231 hervor, zugleich aber auch die allererste Pflicht jedes Deutschen an der Wiederlegung jenes, unter dem Jubel der ersten Zeitungsbelegungen mit allen zu Gebote liegenden Mitteln mitzuarbeiten. Von den höchsten Regierungskreisen ist zu allen Zeiten, sowohl unter dem Reichspräsidenten Ober und unter Hindenburg der Versuch gemacht worden, in aller Öffentlichkeit das Gegenteil von jenem Wortlaut festzusetzen.

Das letzte große Wort sprach Reichspräsident von Hindenburg am 18. September 1927 bei der Einweihung des Lauenburger-Denkmal. Ja, noch mehr. Staatsmänner und Gelehrte des ehemals feindlichen und neutralen Auslandes haben sich inzwischen gleichfalls gegen Artikel 231 ausgesprochen! Diese Wahrheitskämpfer sind unserer Jugend

An das deutsche Volk!

Berlin, 27. Juni.

Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verstrichen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. Zehn Jahre later der Vertrag auf allen Schichten des deutschen Volkes, auf Geistesebenen und Wirtschaft, auf dem Wert des Arbeiters und des Bauern. Es hat jäher und angestrengter Arbeit und einmütigen Zusammenstehens aller Teile des deutschen Volkes bedurft, um wenigstens die schwersten Auswirkungen des Versailles Vertrages abzuwenden, die unser Vaterland in seinem Dasein bedrohte und das wirtschaftliche Gedeihen ganz Europas in Frage stellte.

Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf läßt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und fäht das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und in der festen Zuversicht, daß dem Gedanten eines wahren Friedens, der nicht auf Diktaten, sondern nur auf der übereinkommenden und ehrlichen Ueberzeugung freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gehört.

Berlin, den 28. Juni 1929.

Der Reichspräsident, gez. von Hindenburg. Die Reichsregierung:

gez.: Müller, Stresemann, Graener, Curtius, Dr. Wirth, Dr. Schädel, Willel, Dr. Giffarding, Severing, Dietrich, von Güntard, Dr. h. c. Siegelwald.

nachdrücklich vor Augen zu halten, damit sie später im Volke in gleicher Weise tätig und regsam ist. Denn die Masse in Deutschland versagt in diesen vaterländischen Fragen. Unsere Jugend muß wissen, daß es aus den Archiven der ehemals kriegrührenden Völker klar erwiesen ist, daß Deutschland nicht die Allein Schuld am Ausbruch des Weltkrieges hat. Das kleine Buch „Anfrage und Widerlegung“, Taschenbuch zur Kriegsschuldfrage von Dr. S. Draeger, sollte jeder Primaner besitzen.

Von den übrigen Paragraphen liegen der Jugend besonders nahe die Bestimmungen über den Raub der Kolonien (Artikel 119), über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht (Artikel 173), über das Anschließungsverbot für Desterreich (Artikel 80), über die deutsche Abrüstung bis auf 100 000 Mann (Artikel 160), über die Marine (Artikel 181 ff.). Und dann sei das heranwachsende Geschlecht sich stets bewußt, daß wir durch das Versailles Diktat rund 71 000 Quadratkilometer mit 6 1/2 Millionen Menschen, also 13 v. H. der Fläche und 10 v. H. der Bevölkerung des Deutschen Reiches verloren haben! Das heißt ein Verlust von 50 v. H. der Eisenerzförderung, 25 v. H. der Steinhöfenförderung, 80 v. H. der Zink- und Bleierzgewinnung, 13 v. H. der Getreidefläche, 18 v. H. der Kartoffelfläche Deutschlands.

Bei allem Vernichtungsstillsitzen der Gegner, der hinter diesem Versailles Friedensbündel steht, muß es uns fast widerwillig an, wenn im Artikel 148 der Reichsverfassung der Grundtat aufgeleitet wird, daß jeder Unterricht, jede Erziehung der deutschen Jugend „im Geiste der Völkerverständigung“ geschehen soll. Demgegenüber muß es aber als vaterländische Aufgabe betrachtet werden, daß deutsche Rechtsbewußtheit schon bei der Jugend zu fäken, und nicht vor lauter Rücksichtnahme die Augen zu schließen. Nur dann kann sich auch das Rechtsgefühl des Gegners wieder regen, das sie das Unrecht dieses sogenannten Friedens erkennen läßt.

Die Franzosen ließen im Walde von Compiègne, wo 1918 der Waffenstillstand geschlossen wurde, einen Granitstein legen mit der Inschrift, die in französischer Sprache jeder Völkerverständigung wohl spricht: „Hier unterlag am 11. November der verbrecherische Hodmut des Deutschen Reiches, besieg durch die freien Völker, die es unterjochen wollte.“

Große Kundgebung in Köln.

Köln, 27. Juni.

Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Zentrumspartei, die Deutsche Demokratische Partei sowie die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes hatten die Kölner Bevölkerung am Vorabend des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Versailles Vertrages zu einer Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage auf dem Domplatz aufgerufen. Kopf an Kopf füllten Tausende den weiten Platz vor dem Dom, dicht gedrängt noch die Zugangsstraßen zum Dome verpersend. Die ehernen Klänge der Schiffschloße vom Rhein läuteten die Feier ein. Gewaltig brauste über den Platz dann, vom Kölner Männergesangsverein gesungen, der Chor „Flamme empor“.

Sodann hielt der Stadtverordnete der Zentrumspartei Schaeven eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung des Protestes hinwies. Er gab in kurzen Umrissen ein Bild der großen weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten 15 Jahre, die die Bevölkerung im Westen des Reiches unmittelbar und lebendiger erlebt habe als andere. Er erinnerte an die furchtbare Zeit, die mit der Besetzung über das Rheinland hereinbrochen war, und an die schweren Kämpfe in der Zeit der Herrschaft der Separatisten, deren Verrat jedoch an deutscher Gesinnung zurückzuführen sei. Gedacht habe, wenn auch spät, in der Mitternachtsstunde zum 1. Februar 1926, die Befreiungsstunde für die Kölner Zone geschlagen. Der Redner schilderte dann kurz die verhängnisvollen Auswirkungen des Friedensbündels. Er führte dabei aus: „Indem wir laut und feierlich ein Bekenntnis zum ehrlichen Frieden ablegen, weisen wir mit ieler Sorge darauf hin, daß die Welt immer noch in Waffen flarrt. Die Abrüstung ist in Deutschland durchgeführt. Wir verlangen die Abrüstung der anderen! Große Teile des Rheinlandes leiden noch heute unter der fremden Besatzung. Macht die Bahn frei zu wirklicher Verständigung! Räumt endlich deutsches Boden!“

Der Redner erhob sodann feierliche Verwahrung gegen die im Friedensvertrag eindeutig festgelegte Schuld des deutschen Volkes am Weltkriege, auf die sich die unerbittlichen wirtschaftlichen Leiden und politischen Ungerechtigkeiten begründeten. Er erhob die Forderung nach einer Revision des Vertrages von Versailles, der mit der Schwandbestimmung siche und falle.

Freudende Zustimmung aus der Menge zeigte die Einheit der Rheinländer in diesen Forderungen. Am Schluß seiner Rede führte er aus: „In Freiheit und Gerechtigkeit wollen wir unser Reich bauen, bereit zum friedlichen Weltkampf mit den Völkern der Erde. Herr, mach uns frei!“

Entschlossen hauptes hobten die Versammelten dem wiederum vom Männergesangsverein vorgetragenen Rheinländischen Liedes und stimmten begeistert in den letzten Vers ein. Schwer hallten die Schläge der großen Domglocke über den Platz, dann stimmten die Tausende in das Deutschlandlied ein.

Das Verbot im Rheinland.

Köln, 27. Juni.

Auf den Protest des Reichskommissars für die besetzten Gebiete hin hat die Interalliierte Rheinlandkommission mitgeteilt, daß sie ihren Standpunkt aufrechterhalte, daß öffentliche Versammlungen aus Anlaß des 28. Juni als verboten anzusehen seien. Dagegen besticke sich das Verbot nicht auf private Versammlungen, religiöse Versammlungen, Friedhofbesuche und dergleichen, vorausgesetzt, daß damit keine Umstände und keine Ansammlungen auf öffentlichen Plätzen verbunden seien.

Der Präsident des Evangelischen Konfessionsrats der Rheinprovinz teilt mit: „Da die Rheinlandkommission die öffentlichen Kundgebungen am 28. Juni verboten hat, hat sich das Evangelische Konfessionsrat der Rheinprovinz genötigt gesehen, seine Anordnungen bezüglich der Gestaltung des kirchlichen Trauerjahres zurückzuziehen.“

Das erst in den Abendstunden bekanntgegebene Zustandnis der Franzosen, daß religiöse Feiern nicht unter das Verbot fallen, ist wegen der Kürze der Zeit unwirksam.

Deutschnationale Führer zum 28. Juni

Berlin, 27. Juni.

Zum 28. Juni veröffentlicht der Vorkämpfer der Deutschnationalen Volkspartei folgende Erklärung: „Das Diktat von Versailles, aufgebaut auf der Lüge von Deutschlands Schuld am Weltkriege, ist seit einem Jahrzehnt zum Schicksal des deutschen Volkes geworden. Ohnmacht in der Außenpolitik, Verfolgung des Deutschtums in den geraubten Ge-

Hierzu 3 Beilagen

leben, Zerrüttung der Wirtschaft und ein erschreckendes Ausmaß der Arbeitslosigkeit sind seine Folgen. Schimmer noch ist der Zustand der Ergebung und Gebuld, mit dem sich das deutsche Volk mit seinem Los abzufinden scheint. So lange das Verfallene Diktat auf uns lastet, gibt es keine deutsche Freiheit und keine deutsche Zukunft.

In einer Erklärung des Fraktionsvorsitzenden, Grafen Westarp, heißt es: „Unverändert lastet die Fremdberrschaft und die Schmach der Vögen, die sich an den Namen von Versailles knüpfen, noch heute auf unserem Volke. Schmerzlicher noch ist, daß unser Volk bis in die tiefsten Wurzeln seines Wesens erkrankt ist, daß die Angst, die es spaltet, trotz aller gemeinsamen Not nur immer tiefer wird. In die Nacht der zehn Jahre des Leidens, die hinter uns liegen, leuchten auch heute Sterne deutschen Selbsttums. Da liegen die Kräfte, die das Gedächtnis des 28. Juni wachrufen soll: Born und Grimm gegen das, was der Feind uns angetan — heiße Liebe zu unserem Volke, trotz allem, was geschehe — klare Erkenntnis, daß Macht des Staates, die ihr letztes Opfer von jedem seiner Glieder fordert, Grundlage von Recht und Freiheit ist — die in bitterer Erfahrung gefestigte Ueberzeugung, daß Fremdberrschaft die freie Entfaltung aller persönlichen und nationalen Kräfte ausschließt — Festhalten an den beglaubigten Ueberlieferungen der deutschen Geschichte, an Kaiser und Reich — und lebensschaffender Wille zu Ehre und Freiheit der Nation.“

Mangelhafte Regie.

Professor Dr. Hans Delbrück darf heute zur Kriegsschuldfrage nicht sprechen. Berlin, 27. Juni.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat das preussische Kultusministerium an das preussische Staatsministerium die Anfrage gerichtet, ob unter das von preussischen Staatsministerium vor einigen Tagen erlassene Verbot von behördlichen Sonderfundebungen für die preussischen Staatsbeamten auch die Universitäten fielen. Diese Anfrage ist vom preussischen Staatsministerium bejahend beantwortet worden, so daß am morgigen 28. Juni in Preussen Fundebungen der Universitäten nicht stattfinden. Die Frage, ob auch die Schulbehörden unter dieses Verbot fallen, war bereits vorher eindeutig in bejahendem Sinne entschieden. Das preussische Kultusministerium hatte, wie der Telegraphen-Union berichtet wird, auf diese Entscheidung insofern keinerlei Einfluß, als es sich um einen Erlaß des preussischen Staatsministeriums handelt. Dieser Erlaß ist ohne eine Kabinetts-Sitzung in Anknüpfung an den bekannten Beschluß der Reichsregierung erfolgt. Man begründet dies damit, daß die einheitliche Fundebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, die für den morgigen 28. Juni zu erwarten ist und die den geschlossenen Willen des gesamten deutschen Volkes zum Ausdruck bringen soll, durch behördliche Sonderfundebungen in ihrer Wirkung nicht verzerrt werden sollte.

*

rf. Berlin, 27. Juni.

(Von unserem Berliner Berichterstatter.)

Es liegt eine eigenartige Tragik darin, daß selten in Deutschland eine große nationale Fundebung veranstaltet geht, ohne daß von irgendeiner Seite her ein Schatten auf sie fielen. Die Tage, an denen dem deutschen Volke ein gemeinsames großes nationales Erlebnis, von keinerlei Mißlingen gefehlt, beschieden wurde, sind zu jähren. Der 28. Juni 1929, der zehnte Jahrestag des Selbstmordens von Versailles, an dem mit der Regierung auch das ganze deutsche Volk gegen die ihm angetane Gewalt und gegen die Kriegsschuldigkeiten protestieren wollte, konnte für Deutschland nur wirklich großen Tag werden. Die Reichsregierung hat ein Manifest erlassen, in dem sie zu dem, was das nationale Bewußtsein Deutschlands an diesem Tage bewegt, Stellung

nimmt. Man kann es durchaus begreifen, daß Fundebungen einzelner Länder und Gemeinden dadurch überflüssig werden könnten. Eine würdevolle, aber kraftvoll gehaltene Fundebung kann von einer zentralen Stelle ausgeben und als Alleinerklärung wirksamer werden, als wenn sie von Parallelfundebungen nachgeordneter Stellen verhandelt wird.

Aber etwas gibt es, wessen auch das folgende Manifest einer noch so hohen Stelle nicht entbehren kann: das ist die Resonanz, die es in den breiten Schichten des Volkes finden muß, wenn anders es seinen Zweck erfüllen soll. Das Verbot der gemeinsamen Fundebungen der Berliner Hochschulen in der Aula der Universität, in der kein Gelehrter als Prof. Dr. Hans Delbrück über die Schuldfrage sprechen sollte, durch die preussische Regierung — ein Verbot, das mit den von der Reichsregierung ausgehenden Richtlinien begründet wird — hat bis in die Reihen der linksbürgerlichen Parteien hinein niederschmetternd gewirkt. Auch, daß die Reichs- und Landesbehörden an der Veranstaltung des

„Arbeitsausschusses Deutscher Verbände“ nicht teilnehmen werden, muß recht eigenartig berühren. Denn dieser Verband ist eine vollkommen überparteiliche Organisation und arbeitet nach vollkommen wissenschaftlichen Grundfäden. Gemäß: es liegt immer bis zu einem gewissen Grade die Gefahr vor, daß bei solchen Anlässen die eine oder andere reberische Entgleisung zu verzeichnen ist, und zweifellos ist es dann für die verantwortliche politische Stelle nach überaus peinlich, sei es zu Recht oder Unrecht, mit den beanstandeten Ausführungen identifiziert zu werden.

Es dürfte aber ein sehr einfaches Mittel geben, solche Möglichkeiten auszuschalten. Eine geschickte Regie der Regierung würde es verstanden haben, mit den fraglichen überparteilichen Stellen, mit den akademischen Behörden rechtzeitig Fühlung zu nehmen und die Richtlinien für die Fundebungen in gemeinsamer Arbeit genau zu formulieren, so daß die Möglichkeit einer Entgleisung von vornherein ausgeschaltet wurde. Dieser Weg war bei gutem Willen und einiger Voraussicht zu beschreiten, das beweist am besten die Tatsache, daß man ihn in Württemberg gegangen ist.

Das Republik-Schutzgesetz gefallen!

Der Reichstag macht Ferien. Harter Kampf um die Standesherrn.

Berlin, 28. Juni.

Die Reichstags-Sitzungen gehen jetzt ihrem Ende zu. Man will endlich nach Hause kommen, was ja an sich begreiflich ist, nur dürfte das nicht auf Kosten der Qualität der Gesetzesarbeit erreicht werden. Wir wollen diese Frage in diesem Zusammenhang auch nicht näher untersuchen, obwohl es heute gibt, die in dieser Beziehung ihre Zweifel hegen. Das Haus setzte also die dritte Lesung des Gesetzentwurfs fort, und es vollzog sich alles mehr oder weniger glatt, doch wurde zunächst die Schlussabstimmung über den Etat wegen der noch nicht erfolgten nachmaligen Abstimmung über die Föderation der Zolltarifmaßnahmen zurückgestellt. Erwähnenswert wäre noch die Ablehnung des oppositionellen Antragstrahens des Reichsaussenministers Dr. Treppmann, welcher gestellte sich die Sitzung, als die dritte Lesung des Vermögenssteuergesetzes zur Beratung stand. Nach kurzen Ausführungen des Abgeordneten v. Lindener-Wildau (D.P.) befragte der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Adolph die Reichsversammlung, um die in dieser Frage gegen Preussen erhobenen Angriffe der Deutschnationalen in ihrer energischer Weise zurückzuweisen. Der Minister ging sehr ausführlich auf die Materie der Aufwertung ein und wandte sich gegen eine Bevorzugung handelsrechtlicher Familien. Der preussische Regierung komme es vor allem darauf an, daß privatrechtliche Renten ganz oder zum Teil für fortwährend erklärt werden könnten, wenn die geschäftliche Entwicklung ihren Fortbestand als nicht gerechtfertigt erscheinen ließe. Die Gerechtigkeit verlange zum mindesten, daß diese Renten nicht höher aufgewertet würden, als die Ansprüche von Kaufleuten und über Tausenden von Staatsbürgern, die ihr ganzes Vermögen verloren hätten. Die Abg. Dr. Wunneberg (D.P.) und von Lindener-Wildau antworteten sogleich dem Minister und brachten ihre entgegengesetzte Meinung zum Ausdruck, wogegen der Sozialdemokrat Landberg dem preussischen Finanzminister sekundierte.

In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage mit einfacher Mehrheit angenommen. Es sei aber betont, daß auch das Zentrum mit Ja gestimmt hat. Es folgte dann die 2. und 3. Lesung des Handelsvertrages mit Ostland, die nach kurzer Aussprache gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen wurde. In einer heftigen Debatte kam es darauf bei der Beratung der vorliegenden Zollanträge, wobei von deutschnationaler

Seite der Abg. Schiele, der bekanntlich der Amtsvorgänger des jetzigen Ministers war, die Agrarpolitik des Ministers kritisierte. Reichsernährungsminister Dietrich ergriff die Gelegenheit, um dem deutschnationalen Redner zu antworten. Er wies darauf hin, daß sich die jetzige Regierung mit ihrem im Interesse der deutschen Landwirtschaft durchgeführten Maßnahmen gegenüber den zweifelhaften Erfolgen der Rechtskoalition recht wohl sehen lassen könne. Auch Dr. Herms (3.) unterließ die Erklärungen des Ministers, indem er selbst als landwirtschaftlicher Interessent den dringenden Wunsch äußerte, man möge doch die Frage der landwirtschaftlichen Zentrierung nicht fortgesetzt zu parteipolitischen Wankern benutzen.

Erst nach 8 Uhr kam man dann zu den Abstimmungen. Der Antrag über die Zwangsvermehrung von Inlandsgeweihe wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten in zweiter Lesung angenommen.

Der deutschnationale Antrag, daß die Weizen- und Roggenpreise nicht über 260 bzw. 230 je Zentner sinken sollen, wurde abgelehnt. Zu lebhaften Szenen kam es, als Graf Westarp zu den Abstimmungen eine Erklärung abgeben wollte, in der er die Regierung und die Koalitionsparteien heftig angriff. Dauernde Schlussrufe ertönten, und der deutschnationale Fraktionsführer war nicht in der Lage, die Erklärung zu verlesen.

Angenommen desgleichen die Zentrumsentwässerung, die Zollvereinfachungen für soziale Zwecke, insbesondere für inländische Familien, zu verwenden. Die übrigen Anträge zur Agrarreform wurden dann entsprechend den Ausschlußanträgen angenommen.

Das Haus ging dann über zur Schlussabstimmung über das Gesetz zum Schutz der Republik. Hierbei erfolgte wieder — man weiß nicht zum wievielten Male heute — eine namentliche Abstimmung. Das Gesetz wurde infolge einer Verzögerung der Wirtschaftspartei über die Bodenreformentscheidung mit 166:263, bei zwei Enthaltungen, zu Fall gebracht.

Das negative Ergebnis der Abstimmung wurde von den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten und den Kommunisten mit lebhaften und lauten Zurufen begrüßt. Der Vorn setzte sich dann von Minute zu Minute, als sich Reichsinnenminister Seeberting zum Wort meldete, der von den Kommunisten und Nationalsozialisten mit stürmischen Zurufen empfangen wurde. Der Minister erklärte, daß er in diesem Zugangsabschnitt nicht mehr, wohl aber beim Wiederzukommen des Reichstages... Auf diese Ankündigung des Ministers hin setzte ein erneuter Tumult ein. Namentlich die Kommunisten und Nationalsozial-

Wo bleibt der Fremdenverkehr?

Berliner Brief.

Immer größer wird Berlin, immer stärker sein Straßen- und Geschäftsverkehr; immer vielfältiger werden die Anforderungen, die eine ständig wachsende Menschenmasse an den Maschinenapparat der Stadt stellt. Wir haben hier des öfteren bemerkt, daß z. B. die Regelung des Massenverkehrs von Jahr zu Jahr schwieriger wird, weil man früher bei der Einführung neuer allgemeiner Einrichtungen, beim Bau neuer Stadtviertel nicht mit einem derartigen schellen Nachdruck rechnet hat. Jetzt aber tut man das. Neue, einst entstehende Wohnviertel, mittlere Geschäfts- und Bureauhäuser werden — auf verhältnismäßig frühen Verbrauch hin entworfen. Und andererseits baut man gelegentlich monumentale Häuser als richtunggebenden Grundstock eines Gesamtplans in einem bestimmten Abschnitt.

Da ist jetzt das Warenhaus Karstadt am Hermann-Platz in Neukölln feierlich eröffnet worden. Ein wirklich gigantisches Gebäude, das schon rein äußerlich, architektonisch, die bisherigen Berliner Warenhäuser in den Schatten stellt. Hier ist tatsächlich einmal von Amerikanisierung im guten Sinne zu sprechen. Es ist alles auf größte Bequemlichkeit, auf schnellste Bedienung, auf vollkommenste Hygiene eingeleitet. Vor dem Hause ein Untergarabahnhof; von ihm aus kann man direkt, in Fahrstühlen und auf Rolltreppen, in das Kaufhaus gelangen. Die beiden Erd- und erste Etagen sind auf der Grundfläche von zwei Kellergeschossen, in denen gleichfalls Verkaufsräume untergebracht sind. Es kommen dort Waren zum Angebot, die das Publikum an seinen braucht und mühelos im Vorübergehen kaufen kann. Nur Lebensmittel sind hier von ausgeschlossen. Sie sind im hinteren Teil, in einer praxiellen Halle, ganz aus Marmor, Marmor und Glas, zu finden. Besondere, moderne Kühlanlagen sorgen hier für hässliche Erhaltung einer Temperatur, die auch bei größter Außenhitze die Waren schützt. Eine wichtige Neuerung besteht darin, daß neben 24 Fahrstühlen ebensovielen Rolltreppen bis ins oberste Stockwerk hinaufführen; auf diesen Treppen allein können stündlich je 6000 Personen befördert werden! Eine andere Neuerung ist die, daß der Verkauf über den Tabentisch weg erfolgt, daß also der Umsatz über die Kassen gespart wird. Eine besondere Lebenswürdigkeit bietet der blumenreiche, 4000 Quadratmeter große Dachgarten mit Restaurantbetrieb. Er wird zudem von zwei Terrassen flankiert, die nochmals in Sandkabinen auf die Dachfläche gesetzt sind und einen hervorragenden Rundblick über Berlin bieten. Und so ließe sich noch sehr viel über den imponanten Bau erzählen, der jedenfalls einiges Aufsehen erregt und die

Stätten, die der Fremde in Berlin kennen muß, um eine sehr interessante Erscheinung vermehrt.

Lebtigen: Das Restaurant ist jetzt hier sehr in der Mode. In der Gegend des Zoo, am Kurfürstendamm wie am Bahnhof Zoo, sind gleich zwei solcher Restaurants vor kurzer Zeit eingeweiht worden. Das eine liegt auf dem Dach eines modernen Hochhauses. Es ist eine stolze, prächtige Glashalle mit verschönerter Decke, so daß jederzeit bei schönem oder hübschem Wetter in ansehnlich Minuten ein geschlossener Raum hergestellt werden kann. Es verkehrt dort, dem Stil des Hauses entsprechend, ein internationales Publikum, eine edle Jagzband vertritt den ihr eigenen Varn, und die Kellner sind so vornehm, daß sie Herren im nicht dunklen Anzug — gelinde gesagt — höchst lässig bedienen. Das andere Dachloft ist viel vollständiger, — obgleich auch hier die Decke elektrisch verloschen werden kann. Inmitten des gleichfalls langgestreckten Raumes hat man ein Bassin mit einer kleinen Terrasse darin, über die das Wasser munter hinwogelächert, eingebaut. Und die Jagzband ist hier weniger edel und mehr groß als anständig, damit der Tanz — auf einer elektrisch hebbaren Tanzfläche! — gehörig gedeihe. Es folgt ein mächtiger Wokka die Kleinstigkeit von 2 Markt, ein „Pilsener“ 2/5 Wl. usw. Aber das Haus ist, wie jenes Hohen-Sitzloft am Potsdamer Platz — das „Haus der Nationen“ — allabendlich überfüllt. Lieb Vaterland, magst ruhig sein!...

Berlin tut weiter für die Fremden, was diesen gefallen soll. — Dennoch: ist es nicht ein kleiner Witz, daß die Fremdenjäger gerade zur wiedergewählten Festspielzeit im Verhältnis zum Vorjahre sank? Das heißt nicht, daß sie ganz nüchtern stehen müssen, daß im Mai, also zur Zeit der größten Festpielattraktion, des „Scala“-Gastspiels, der Fremdenverkehr gegen den Mai 1928 um 3000 Personen zurückgegangen ist! Das muß man wissen, wenn man von besonnenen „Offiziösen“ allenthalben verhandelt wird, daß die sogenannte „Season“ die halbe Welt hierhergelockt habe. Der in dessen Gelegenheit hatte, gerade in dieser Zeit viel mit Ausländern zusammenzusehen, mußte von ihnen immer wieder hören, daß Berlin für den Fremden verhältnismäßig teuer geworden sei. Die Festausführungen z. B. waren offensichtlich auch viel mehr von den Gesellschaftstreffen besucht, die man in jeder Winterpremiere trifft und fast Kopf für Kopf meist, als von Ausländern. Amerikaner, die ich andererseits in jenseits obbeschnittene Dachloft führte, verließen es sofort wieder mit heiterem Witz, da sie nicht gewohnt sind, in einem „vollständigen“ Restaurant ausgepöbelte Repräsentanten zu sehen. Über imponierten ihnen schon die Tatsache, daß allein im Mai wieder 4300 neue Kraftfahrzeuge in Berlin in Betrieb gestellt wurden.

Dies alles geschieht in Berlin, das täglich sich weitet und lauter regt und „amerikanischer“ wird. Auf der anderen Seite wird ein schönes historisches Bauwerk: die Spittelkolonnen in der Leipziger Straße, abgerissen, obgleich sie bisher den Verkehr keinen Schaden anrichten konnten. Sie werden trotz des starken Protestes der gesamten bürgerlichen Bevölkerung niedergelegt, weil im Stadtparlament die bürgerlichen Parteien von der roten Mehrheit unter der Begründung überstimmt wurden, daß mit solcher Arbeit beschäftigte Kräfte ihr Brot fänden! Zwischen diesen Extremen steht und wächst heute Berlin. H. T.

Ein Blatt mit einem Abonnenten. Für diejenige Zeitung, welche die geringste Verbreitung in der Welt hat, erklärt die amerikanische Presse das Blatt, das in Washington zum persönlichen Gebrauch für den Präsidenten Hoover hergestellt wird. Dieses Blatt, durch welches das Oberhaupt der Vereinigten Staaten täglich rasch über die großen Tagesfragen unterrichtet werden soll, führt im Weissen Haus den Titel „Das gelbe Journal“, weil die Zeitungsausgaben auf Blättern von gelber Farbe ausgesetzt sind. Diese für den Präsidenten hergestellte Zeitung sieht sich zusammen aus den neuesten Depeschen und den Zeitartikeln, die 35 Tageszeitungen entnommen werden. Die Zeitung wurde zuerst während der Präsidentschaft Wilsons von dessen Sekretär einseitig hergestellt; sie hielt ja auch durch nicht einseitig da, sondern hat ihre Seitenfläche in den Blättern, die zur Unterrichtung europäischer Staatschefs hergestaltet sind.

Der gefährliche Sonnenbrand? Das häufige Auftreten des Hautkrebses in Australien erklärt der Hygieniker Dr. Hermann Lawrence aus der verhältnismäßig geringen Feuchtigkeit der Luft und dem beständigen Sonnenschein des Landes. Er rät dazu nicht der Sonne auszuweichen, und glaubt, daß die Entblößung der Haut durch die moderne Frauenmode und besonders die Freilegung des Halses durch den Substanz viel zum Auftreten dieser Krankheit unter der australischen Frauenwelt beitragen. Nach seiner Ansicht werden durch den Sonnenbrand Reibungen geschaffen, welche die Entwicklung des Hautkrebses fördern.

Shaw „eröffnet“. Einen Weisheit, der ganz den Stempel seines Geistes trägt, hat Shaw der Photogratischen Gesellschaft von Bradford erteilt, als diese ihn in einem feierlichen Schreiben einlud, die hiesige photogratische Ausstellung persönlich zu eröffnen. Er schrieb auf den Einladungsbrief, den er „unerschrocken“ zurückgab, die folgenden Worte: „Ich möchte mein ganzes Leben mit dem Erstellen von Aufstellungen verbringen, wenn ich nicht die Abwechslung aller solcher Aufstellungen mit dem strengen Gesetz gemacht hätte. Alles, was nötig ist, ist die Türen aufzumachen und das Geld einzunehmen. Ein Dienstmann kann das ebenso gut tun wie ich.“ — G. B. E.

Schmeling siegt hoch nach Punkten über Paolino.

Der Deutsche gewinnt 9 Runden gegen 3 bei 3 unentschieden.

stehen drögen in tosenden Lärm aus und beschimpften den Minister mit Ausdrücken wie „Bluthund“ usw. Alle Ermahnungen des amtierenden Vizepräsidenten Graf hielten nichts, zeitweise schrien es, als ob die Sozialdemokraten sich gegen die Nationalsozialisten hätten wehren wollen. Vizepräsident Graf verließ dann seinen Präsidentensitz, womit die Sitzung unterbrochen war.

Während im Plenarsaal nach der Unterbrechung erregt diskutierende Gruppen umherliefen, übernahm nach wenigen Minuten Präsident Loebe den Vorsitz und eröffnete die Sitzung aus neuer, freier Rede. Jetzt konnte Reichsminister Zevring seine Rede fortsetzen. Er rechnete scharf ab mit der Wirtschaftspartei, die aus einseitiger Interessenspolitik umgefallen sei. Man könne nicht behaupten, daß sich die Verhältnisse so konsolidiert hätten, daß der Schutz des Republikgesetzes nicht mehr erforderlich wäre.

Die Reichsregierung und die Landesregierungen seien aber auch jetzt nicht machtlos, und unter offenkundiger Anspielung auf den Artikel 48 der Reichsverfassung sagte der Minister, der sich offenbar in sehr starker Erregung befinde, in nicht gerade glücklicher Weise: „Wenn ihr (der Regierung) die Waffe dieses Spezialgesetzes vorübergehend aus der Hand geschlagen ist, dann wird sich die Reichsregierung daran erinnern, daß auch die Verfassung noch Waffen besitzt.“

Diese Erklärung erregte bei den Sozialdemokraten Beifall, bei den Kommunisten das Gegenteil, die erneut in die Reihen und Vorfront-Ause traten. Die Erregung und die starken Drohungen des Ministers sind allerdings auch etwas schwer erklärlich, da seine eigene Fraktion es gewesen ist, die den verfassungsmäßigen Ministerparagrafen des Republikgesetzes nicht geändert haben wollte und es auf eine Nachprüfung mit der Wirtschaftspartei ankommen ließ. Da auf direkte Anfrage des Präsidenten Loebe der Vizepräsident Graf erwiderte, daß er dem Minister Zevring das Wort außerhalb der Tagesordnung erteilt hätte, wurde noch einmal über das Republikgesetz diskutiert. Dabei kam es zu einem Zwischenfall, als der Abgeordnete Thälmann wegen einer Beschimpfung des Ministers vom Präsidenten Loebe zum Verlassen des Saales aufgefordert wurde. Thälmann kam der Aufforderung nach und die ganze kommunistische Fraktion schloß sich ihm an.

Der Haushalt angenommen. — Protest gegen die Kriegsschuldfrage.

Berlin, 28. Juni.

Der Reichstag schloß in einer Nachtigung vom Donnerstag zum Freitag seine Verhandlungen ab und ging in die Sommerferien. Die Gefekentwürfe über den Vermögenszuwachs und die Ermächtigung zur Aufrechterhaltung einer deutsch-französischen Vereinbarung wegen des Meißner Berges wurde auch in dritter Lesung und der Schulhaushalt angenommen. Ebenso wurde der Etat mit 243 gegen 152 Stimmen bei einer Enthaltung endgültig verabschiedet.

Präsident Loebe schloß die Tagung des Reichstages mit einer Kundgebung zur Erinnerung an das vor zehn Jahren beschlossene Verfall der Friedensbittat. Der Protest, so erklärte er, der vor zehn Jahren die deutsche Regierung gegen die Besetzung mit der Weimarer Republik durch den Krieg erhoben habe, bestehe auch heute noch fort. Auch sonst mehren sich in der ganzen Welt die Stimmen, die sich gegen die Besetzung wenden. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß es der weiteren Aufführung gelingen würde, recht bald die Besetzung dieser Besetzung zu bringen. Die Abgeordneten hatten sich während der Erklärung von den Plätzen erhoben, während die Kommunisten den Saal verließen. Der Präsident erhielt am Schluß der Sitzung, die ununterbrochen 15 Stunden bis 1 Uhr morgens gedauert hatte, die Ermächtigung, den Reichstag für eine Spätsitzung, deren Termin noch nicht feststeht, einzuberufen.

Landestheater.

Abschied Emma Friedrichs, Josef Leg und Fritz Wilkroth-Schwend.

Der gestrige Theaterabend dokumentierte sich in der sommerlichen, für die Bühne scheinlich Zeit doch als Besonderheit. Es war zum ersten Male während der Juniwoche sozusagen außerordentlich, wollte man doch Abschied von dem führenden Tenor der Oper nehmen: Emma Friedrichs, Josef Leg und Fritz Wilkroth-Schwend. Die drei Namen sind so oft gemeinsam im Spielplan aufgetaucht, sie haben vor allen Dingen so ausgezeichnete Leistungen an sich gehabt, daß das Interesse des Publikums, und in diesem Falle das Bedauern, allgemein ist. Wir verlieren drei begabte Künstler und können nur hoffen, daß der Erfolg entsprechend gut sein wird.

Im Anfang des Epilogs steht diesmal der „Wozzeck“. Was uns bei der Erläuterung des Vergleichen Wertes die drei Musikstücke der Oper gewesen sind, das brauchen wir nicht noch einmal zu schildern. Die Früchte dieser außergewöhnlich beachteten, auch im ganzen Reich gewürdigten Leistung beginnen sich zu zeigen, wie wir vor einigen Tagen meldeten: der „Wozzeck“ wird in der kommenden Spielzeit an zahlreichen Bühnen Deutschlands über die Bretter gehen, weil er in Oldenburg — trotz Berlin — freier wurde. Josef Leg sang den Wozzeck, und wir haben ihm anlässlich des Gastspiels von Schützendorf bezeugt, daß seine Auffassung sehr wichtig für den Erfolg war. Sein warmes, großes Organ hat immer tiefen Eindruck hinterlassen, ob wir es in den Wagneropern des Wanderers, des Holländers oder im Arnen Columbus hörten. Das dramatische Geschick prägte sich bei der jungen, schlanken Gestalt aus immer sehr persönlich aus. Er hatte es nun häufig auf Emma Friedrichs abgesehen; untergehen bleibt, wie beide in der Wozzeckigen Färbung wirkten. Hier war großes Bühnenbild. Welt gerieten sich beide energisch in die Haare. So im „Wozzeck“, wo Emma Friedrichs ihre stimmlichen Fähigkeiten glänzend einsetzte, oder auch in Tiesland: zu ihnen gesellte sich als himmelgewaltiger Störenfried Fritz Wilkroth-Schwend, der als Lombourmajor wie Schmeling auszufehen hatte und sich getieren in der Abschied-

Kempfer, 28. Juni.

Vor 60 000 Zuschauern fand im Westpark der Jantsee-Stadion am Donnerstagsabend der seit langem erwartete Kampf zwischen Deutschlands ehemaligem Schwergewichtmeister, Max Schmeling, und dem spanischen Ex-Europameister, Paolino, statt. Bei schönem, klarem Wetter entwickelte sich ein gigantischer Kampf, der von dem Deutschen mit großer Überlegenheit gewonnen wurde. Zwar gelang es Schmeling nicht, den Spanier niederzuschlagen, dafür hatte er aber die Genugtuung, daß Paolino in den letzten Runden des 15-Runden-Treffens derartig fertig war, wie noch nie in seinem Leben. Der Sieg des Deutschen wurde von den Zuschauern mit ebenso großer Freude, wie von Schmeling selbst aufgenommen, der nach der Verflüchtigung seines Sieges im Ring umherlief und den geschlagenen Paolino immer wieder umarmte. Der Ringverlauf war kurz folgender:

Erste Runde: Schmeling greift sofort an, und der Spanier muß verteidigen. Die zweite Runde endet unentschieden, da Paolino im Nahkampf sich überlegen zeigt. Die dritte Runde geht wieder an Schmeling, der sich in einem harten Schlagwechsel auf den Gegner erweist. Die vierte Runde wird wieder unentschieden. Dann aber übernimmt der Spanier die Führung des Kampfes und gewinnt die fünfte und sechste Runde. Die siebente Runde sieht wieder Schmeling im Vorteil, der zum Schluß einige Male gut durchkommt. In der achten Runde sieht es mandmal nicht für den Deutschen aus, denn Paolino bringt mehrere harte Schläge an, deren einer Schmeling aus dem Gleichgewicht bringt. Das ist dann die letzte Runde, die an Paolino geht. Die nächste wird unentschieden, und von der zehnten bis zur fünfzehnten beherrscht Schmeling seinen Gegner völlig. Dem Spanier sind schließlich beide Augen fast vollkommen geschlossen, und er muß ein fürchterliches Trommelfeuer von Haken und Schwingen über sich ergehen lassen. Blutüberströmt, ist Paolino in der letzten Runde nur noch ein Spielball des immer noch tollkühn fröhlich kämpfenden Deutschen. Der Urteilsspruch: Sieger nach Punkten Schmeling, konnte niemals anders lauten, denn der Deutsche hatte von 15 Runden 9 gewonnen, während es Paolino nur auf drei brachte; der Rest war unentschieden.

Wie bekannt, wird Schmeling im September mit Jack Dempsey um die Weltmeisterschaft kämpfen. Während Paolino voraussichtlich die Kämpferpartien seines Gegners bearbeitet, sucht dieser immer Kopf und Gehirne des Gegners zu treffen, was ihm auch mit dem Erfolg gelang. Daß der Bock außerordentlich stark aus Mund und Nase blutete und sein Gesicht schließlich nur eine blutige Masse war. Nur die fabelhafte Härte des ehemaligen Schwergewichters setzte ihn ins Stand, diesen erwiderten Kampf zu überleben, ohne zu Boden zu gehen, was bekanntlich bei Paolino das erste Mal gewesen wäre.

Schmelings Börse beträgt 1 000 000 Dollar, während sich Paolino mit 100 000 Dollar begnügen muß.

„Doch der Magie.“ Die Begeisterung der Menge nach Schmeling's Sieg.

Kempfer, 28. Juni.

Als Schmeling nach seinem Siege den Ring verließ, mußte die Polizei die Zuschauer immer wieder zurückdrängen, die Schmeling die Hände zu schütteln verweigerte. „Doch der Magie“ riefen sie immer wieder. Schmeling und Paolino trafen, als sie den Ring betreten, goldene Palästen. Ein Schmeling's Kette hing ein Redaktions. Schmeling vor dem Kampfsieg äußert sich und ruhig.

Hein Müller verliert in Zurich gegen Bonaglia durch Kierenenschlag.

Müller liegt von vornherein stark in der Verteidigung. Der schlagkräftige Bonaglia greift kräftig an. In der 3. Runde

erhält M. einen Kierenenschlag, der ihm stark minimiert. Zu seiner Erholung wird eine Minute Pause eingelegt. Auch reicht man dem Deutschen Gefährdungen. In der 4. Runde landet Bonaglia außerordentlich heftige Schläge, denen ein lebhafter Rückkampf folgt. Müller muß zu Boden, erhebt sich aber bald, und der Kampf geht weiter. Müller muß einen Kierenenschlag einstecken, so daß der Kampf in der 4. Runde infolge dieses Schläges verloren geht, da der Deutsche so stark getroffen wurde, daß er nicht wieder aufstehen kann und ausgeschied wird. Die Schuld liegt an dem Ringrichter, welcher nicht aufpaßte. Somit wurde Bonaglia Europa-Meister, dessen Titel einmals Schmeling innehatte.

Der Sieg ihres Landmannes wurde von den Italienern mit dem größten Jubel aufgenommen. Bonaglia äußerte sich nach dem Kampf dahingehend, daß er sich jetzt gerächt habe für die Schwereiter (1?), die seinerzeit in Berlin an ihm befangen worden sei. Ah!

Der Ringarzt stellt Kierenenschläge fest.

Müller erhebt Protest bei der Internationalen Boxing-Union. Unmittelbar nach dem Kampf Müller-Bonaglia wurde der deutsche Halbschwergewichtmeister vom Ringarzt untersucht, der einwandfrei Kierenenschläge feststellte. Müller ist demnach nicht regulär i.o. geschlagen worden, sondern durch die Wirkung der barmerten Kierenenschläge in der vierten Runde scheinbar zusammengebrochen. Die deutsche Delegation hat im Namen Müllers sofort Protest gegen die Entscheidung bei der Internationalen Boxing-Union (I.B.U.) eingelegt.

Dresdener SG. — Ägypten 3:1 (1:0).
Hollstein-Niel — Frem-Kopenhagen 6:0.

Kein § 51 für Friedländer!

d. Berlin, 27. Juni.

Am Totschlagsprozeß Friedländer fiel heute nachmittags eigentlich schon eine Entscheidung. Die Sachverhandlungen haben sich sehr eingehend über den Charakter und die tatsächliche Verfassung des Täters ausgeprochen, aber — wohl entgegen den meisten Erwartungen — den strafrechtlichen § 51 nicht zuzulassen können. Nach ihrer Meinung ist Manasse Friedländer für seine Tat voll verantwortlich.

Senatspräsident Dr. Lepmann in schriftlicher den Angeklagten als eine Persönlichkeit, die von der Natur feilsch und körperlich stiefmütterlich behandelt wurde. Als Kind war er vielfach krank, und er ist auch heute noch ein schwächlicher Mensch. Die Eltern haben viel für die Gesundheit des Kindes getan, aber nichts unternommen, um den Weg zu seiner Seele zu finden. Manasse verlor seine feilschheit ganz in seiner Verstortheit, er war äußeren Einflüssen unzugänglich, und das begünstigte nur die strafbare Entwicklung seines Innenlebens. Es sei bezweifelnd, daß der Angeklagte „Studien“ in Berliner Verbuchereien trieb, er wollte dadurch gewisse Einnahmen erzielen, was ihm das Leben an Einbrüchen und Ereignissen bereitete. Trotzdem fehlten für den § 51 alle Voraussetzungen. Der Richter Dr. Alexander sagte, aus den Handlungen und Berichten Friedländer's spräche immer sein ausgeprägtes Minderwertigkeitsgefühl. Das sei auch die Kraft gewesen, die ihn zur Tat trieb.

Das Urteil wird voraussichtlich morgen nachmittags gefällt werden. Nach den Gutachten der Sachverständigen kann sich der Angeklagte nur wenig Hoffnung auf einen Freispruch machen. Aber es steht fest, daß das Gericht milde vorgehen wird. Gerade die Vernehmung der Eltern in der heutigen Sitzung hat gezeigt, daß sie selbst auch eine schwere Schuld tragen, weil sie niemals versucht haben, das Seelenleben ihrer Kinder zu ergründen. Sie geben selbst zu, daß sie den jüngeren Sohn vor dem älteren bevorzugt haben. Es ist die gleiche Erscheinung, die sich noch bei fast allen „Jugendtragedien“ gezeigt hat: die ältere Generation ist für die Verirrungen der jungen mitverantwortlich zu machen.

Zug-unglück in Sachsen. — Vier Tote. In der Nähe der Station Sassenhof bei Riesa stießen zwei vollbesetzte Personenzüge in voller Fahrt zusammen. Das Unglück forderte vier Tode Opfer, darunter drei Eisenbahnschaffner. 17 Fahrgäste wurden verletzt, davon sieben schwer. Zwei Gepäckwagen und ein Postwagen wurden völlig zerrutelt. Die Postomieten und ein Personenzug wurden schwer beschädigt. Die Lokomotivführer blieben wunderbarerweise unverletzt. Die Schuld an dem Unglück soll den Fahrdienstleitern von Thorensberg treffen, der die in entgegengekehrter Richtung fahrenden Züge auf ein Gleis leitete.

Eisenbahnunfall bei Klingenthal. Der Personenzug der Rinte Klingenthal-Galtena, der mit tags 12 Uhr Klingenthal verließ, ist zwischen Meißlau und Darsenberg mit der Lokomotive, dem Gepäckwagen und einem Personenzug entgleist und umgestürzt. Mehrere Personen wurden verletzt, eine Frau schwer. Der Verkehr wurde durch Umstellen aufrechterhalten. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

„Rumancia“ aufgefunden? Den „Bremer Nachrichten“ wird gemeldet: Der britische Admiralität ist eine Meldung zugegangen, daß ein Flugzeug des englischen Flugzeugmutterhauses „Cater“ das Wrack des spanischen Flugzeuges „Rumancia“ aufgefunden habe. Nähere Angaben über den Standort fehlen noch.

Explosion in Breßlau. 8 Tote — 14 Verletzte. In einer Breßlauer Gummiabrik ereignete sich am Donnerstag um 8 Uhr ein schweres Explosionsunglück. Ein ganzer Flügel des Fabrikgebäudes ging in Flammen auf. Bisher konnten 8 Tote und 14 Schwerverletzte aus den Trümmern geborgen werden. Man nimmt an, daß noch mehr Opfer unter den Trümmern liegen. Die Aufräumungsarbeiten sind noch im Gange.

Vollspatzen lehnt das Konkordat ab. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist nach wie vor bereit, an einer den konfessionellen Frieden sichernden Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und katholischer Kirche mitzuwirken. Den vorliegenden Vertrag lehnt sie jedoch, ganz abgesehen davon, daß eine gleichwertige vertragliche Regelung mit der evangelischen Kirche fehlt, um seines sozialen Inhalts willen einstimmig ab.

vorstellung stimmlich hervortragend disponiert zeigte. Wir wünschen dem Künstler, besten Siegfried, Erik, Manrico, Fra Diavolo einmal einen absonderlichen Gast — nämlich Goethe in eigener Person — erleben, daß nach seiner Krankheit nun eine mildere Sonne als die selten scheinende Oldenburger seiner guten Zukunft lachen möge.

Und auch Matthias Börsch geht. Bei den andern, die wir nicht so lange kennen, hemmt den Abschiedsschmerz ein wenig das längere Hiersein, aber bei Börsch lassen wir unsern Herzen freien Lauf; wir sehen diesen gesangstüchtigen Minnen, der sehr viel geleistet hat, nur unter aufrichtigen Tränen ziehen.

Wie könnte er am Schluß ausgefahrene Blumenladen das ausdrücken, was wir alle den vier Genannten nachempfunden? Als ich einen Eingeweihten zum Schluß fragte, wo gehen eigentlich die vier Künstler jetzt hin, da begegnete er mir im schüchtern Mißverständnis: „Zu Papa.“ Der Mann hat recht; was geht es uns an, wem die vier von nun an beklüden wollen; was sie uns waren, das bleibt die Hauptsache. Selbst bei Papa sind uns die Künstler doch gewiß noch näher als in Eriurt oder Dessau.

Dr. K. B.

Unter Unsterblichen. Als Menzel und Mommen einmal gemeinsam Gäste des Berliner Vreßelclubs waren, sagte Menzel, nachdem er mit dem Hofhüter die vier Treppen hinaufgestiegen war, zu dem großen Hofhüter: „Ich habe doch zu meinem Meister gewiß ein gehöriges Ende, aber lo hoch brauche ich nicht zu flattern.“ — „Wir werden wohl bald beide noch viel höher steigen müssen,“ meinte Mommen mit entprechender Handbewegung. — „Da lasse ich Ihnen den Vorrat,“ verjeste Menzel.

„Lebensfrühstück.“ Im deutschen Unterricht der 8. Klasse einer Mädchenhufe — lo wird in Reclams Universalien erzählt — werden die Ausdrücke Lebensmorgen und Lebensabend behandelt. Schließlich fragt die zehnjährige Lehrerin die Kinder: „In welchem Lebensalter leben ich denn?“ Ein Kind meldet sich und sagt: „Im Lebensmittag.“ Die anderen oder rufen: „Nein, lo alt ist Fräulein noch nicht.“ Da kommt plötzlich der kleine. Da die Erleuchtung, und sie schreit triumphierend durch die Klasse: „Ich weiß es. Sie sind im Lebensfrühstück!“

Rannesmud. Der Rannesmud hat mit seiner Frau eine Auseinandersetzung, während deren er unter das Bett kriecht; als sie drohend mit dem Stock davorsteht, ruft er von unten herauf: „Du kommst mich beschimpfen und beleidigen, aber meinen Rannesmud wirst du nicht drohen. Ich komme nicht hervor,“

Holländer-Käse
 Vollkorn 1 Pfund 1.40
Holländer-Käse
 1/2 Pfund 75 c
Edamer vollkorn
 1 Pfund 1.40
Edamer
 1/2 Pfund 75 c
 Bei ganzen Angeln
 von 2.50 an
 empfiehlt
H. Bode
 Sellhaengestrasse 16
 Fernsprecher 120.

Kleine Anzeigen
Zu verkaufen
1 Pferd (Pony)
 1 Motorwagen, 1 Koff-
 wagen, 1 Motorbo-
 wasser, 2 Pferde zu
 verkaufen.
 Geveriten.
 Oedewichter Off. 94.

Drei Glucken
 mit Nuten, redbun-
 farb, Italiener, und
 eine Zentrifuge
 fast neu, zu verkauf.
 Sternburg, Verich-
 dahnhof, Posten 5.

Kinderwagen
 und Sportwagen zu
 verkaufen, Adorfstr.
 StraÙe 93 links.
 Gut erhaltener
 Kinderwagen
 preisw. zu verkauf.
 Blumenstr. 65 unt.

Meinem Eber
 können wieder
Schweine zugeführt
 werden.
 Friedrich Mönich,
 Wüsting,
 Grummersort.

**Zwei Olden-
 burger Herden**
 (7jährige bel. Stute,
 3jähr. Wallach) eins
 nach Wahl des Kau-
 fers zu verkaufen.
 Anton Wadsius,
 Kieckelb.
 (Post Oedewichter).

Ein Küchentisch
 sehr, zuberichtet,
 kleiner, Zimmer zu
 verkaufen. Nach 6
 Uhr abends.
 Ratharinenstr. 19.

0,2 Fiedelwelpen
 abg., schwarzrot und
 rot, geb. 3.5.29, aus
 Hede v. Stolpenau
 u. Sigato II v. Eic-
 kenstein, hervorragend.
 Stammbaum.
 E. Jener Chaussee 60.

Zu kaufen gesucht
 Kaufe handig geb.
Rollwagen
 jeder Größe. Ange-
 bote erbeten.
 Neuenberg,
 Johanniststraße 33.

Einfamilienhaus
 in gutem Zustand,
 an besser Lage, bei
 Parzellierung zu fau-
 len gesucht. Angebot
 unter D M 383 an
 die Geschäftsstelle d. Zf.

Ich kaufe stets
Eier
 zum höchsten Lager.
D. G. Lampe

Gebr. gut erhalt.
Chailongue
 mögl. verkauft, evtl.
 mit Decke, zu ff. gef.
 Angeb. unt. P C 400
 an die Geschäftsstelle d. Zf.

Elektrischer
Blinkapparat
 zu kauf. gesucht. An-
 gebote erbeten unter
 C 1849 an Wätters
 Ann.-Exp. Handhof
 Zu kaufen gesucht
 oder zu leihen
feststehende Glucke
 oder **Brutapparat**
 Angebote an
 Riemann, Bahnhof,
 Telefon 103.

Zum 28. Juni 1929

Die drei Oldenburgischen Kammern (Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Landwirtschaftskammer) weisen am Tage der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Diktats erneut darauf hin, daß die Unterschrift unter den „Friedensvertrag“ erfolgt ist unter Androhung der Fortsetzung des Krieges und der Hungersnot. Die Anerkennung der Schuld an der Herbeiführung des Weltkrieges ist Deutschland abgepreßt worden. In der Verdammung dieses Urteils sind sich alle diejenigen einig, deren Streben auf Herbeiführung eines wahren Friedens, eines Friedens des Rechts und der Gerechtigkeit gerichtet ist. Dieses Ziel wird aber reiflos erst erreicht werden können, wenn jener Artikel 231, der Deutschland und seine Verbündeten als Urheber des Krieges bezeichnet, beseitigt und der historischen Forschung der Weg zur ungehinderten, unparteiischen Klärung der Kriegsschuld völlig freigemacht wird.

Das deutsche Volk lehnt, ohne Unterschied der Parteien, in allen seinen Wirtschaftsständen das von seinen Gegnern in Versailles erpreßte Kriegsschuldlurteil ab.

Eine Gesundung der deutschen Wirtschaft ist erst nach Aufhebung des Versailler Diktats möglich.

Darum fort mit der Kriegsschuldlüge!

Fort mit dem Artikel 231!

Die Handwerkskammer
 93 Möller 93 Prof. Dr. Kærsten
Die Industrie- und Handelskammer
 93 Bewegung 93 Dr. Gadelser
Die Landwirtschaftskammer
 93 Harbers 93 Prof. Kluen

Möbel

Eigene Anfertigung!
 Bequeme Zahlungsweise!
Gust. Havekost
 Kleine Kirchenstr. 4 und 12
 Fernruf 447

**Reisen Sie zur
 Kur?**



dann brauchen Sie einen
Promenadenschuh
 aus dem
Schuhhaus Joh. Ehlers
 Lange Straße 46, beim Rathaus

Zu kaufen gef. gut
 erb. **Gartenpavillon**,
 Angeb. unter B 334
 an Wätters Ann.-
 Exp., Sternburg.

Zu kaufen gesucht
 Deßimal- und
Zafelwage
 Sodenstraße, Geßfdr.,
 Angeb. unt. P C 395
 an die Geschäftsstelle d. Zf.

Zuverlässige
Wegekarten
 für Wanderer, Rad- und Kraftfahrer
Ernst Völker
 Lange Straße 46, beim Rathaus

Mit Obermergers Medizinall **Herba-Teife**
 habe ich bei

Flechten

guten raschen Erfolg
 erzielt. Das bezugs auch, Herr
 P. M. Lohmann in Koblenz, in dem er
 schreibt: „Ich habe Herba-Teife
 mehrere Flaschen die meisten Flechten
 binnen 4 Tagen geheilt hat und jetzt
 eine ganz klare Haut vorhanden ist, sagen ich sollte meine
 Frau Ihnen besten Dank.“ St. R. 104-10, 30% wässrige Präp.
 RM. 1.-. Zur Nachbehandlung ist Herba-Cremes besonders
 zu empfehlen. Zu haben in allen Apoth., Drog. und Park.

Kaufm. Privatschule „Merkur“
 Moltkestraße 6 Tages- und Abendkurse

Reformhaus
 Gaststraße 24
Eden-Pflanzenbutter Pfd. 1 M.
Vollkorabrot
 Aus dem Adressbuch der Stadt für 1929:
Carl Schisek Nachf. Glasdachbau
 Kleino Str. 5 — Tel. 2690 u. Reparaturen

Familien-Nachrichten

Verlobungs-Anzeigen.

Die Verlobung unserer
 Tochter Frieda mit Herrn
 2. Buntkes zeigen wir hier-
 mit an.

Diedrich Grashorn und Frau
 Anna geb. Kläner
 Neerfeldt, im Juni 1929

Meine Verlobung mit
 Fräulein Gisu Grashorn be-
 zeichne ich mich anzuzeigen.

Fritz Tönnies
 Gandersee,
 im Juni 1929

Statt Karten

Die Verlobung unserer
 Tochter Frieda mit Herrn
 Georg Tempel bezeichnen wir
 uns anzuzeigen.

Wilh. Woydt u. Frau
 Frieda geb. Fleischer
 Oldenburg i. O.,
 30. Juni 1929

Meine Verlobung mit
 Fräulein Frieda Woydt gebe
 ich hiermit bekannt.

Georg Tempel
 Bad Zwischenahn,
 30. Juni 1929

Empfang: Oldenburg 30. Juni 1929
 Empfang: Zwischenahn 7. Juli 1929

**Oldenburger
 Landestheater**
 Sommerpreise.

Freitag, 28. Juni,
 7½ bis 10 Uhr: **Al-
 vater's Nacht**, Musik
 Satinwa. St. Preise,
 50 S bis 2.50 M.
 Sonntag, 30. Juni,
 7½ bis 10½
 Uhr: **Die Zerkura**,
 Kleine Preise, 50 S
 bis 2.50 M.
 Sonntag, den 30.
 Juni, 7½ bis 10½
 Uhr: **Der liebe
 Augustin**, Abschied
 v. Gdard. Preise
 50 S bis 4 M.

Schluss der Spielzeit

**Bremer
 Stadttheater**
 Sommer-
 Operettenspielzeit.
 Sonntag, den 30.
 Juni, abds. 8 Uhr:
Wiener Blut

Verreift
 bis 29. Juli
Dr. Oehmcke
 Zahnarzt

Verursacht, 20jähr.
 jung, Mädchen sucht
 eine liebe, gebildete
 Freundin.
 Angebot erbeten un-
 ter D 388 an die
 Geschäftsstelle d. Zf.

— Bohner —
Teppichkehrer
 werden wie neu bei
 W. Böhrle,
 Röhrenfabrikation,
 Gdennstraße 2.

Wieselstede.
 Wegen Aufgabe
 des Geschäfts

Ausverkauf
 meines gesamten
 Lagerbestandes in
Damen-Hüten
 zu bedeutend herab-
 gesetzten Preisen.

Editha Franz
 Pianistin.

Berein
 chem. 19.
Dragoner.
 Antreten zur
Protektverlammlg.
 heute abend 7½ Uhr
 Uhr vorm Reuen
 Hause, Werdermarkt,
 Aufsteiges Erbschein,
 11 Uhr.

Der Vorstand.
 Sonnabend von 8
 Uhr an prima
lettes Rindfleisch
 1.40 M.
 (Schlachthausstraße)
 Sandhorn 44.

Ihre Verlobung geben bekannt
Hermine Wöbken
Heinrich Gröne
 Al. Bornhorst. Güde 1.
 — Reine Empfang. —

Vermählungs-Anzeigen.

Ihre am 21. Juni vollzogene Ver-
 mählung geben bekannt

Friedrich Kayser und Frau
 Estt geb. Fischel,
 Geveriten III.

Wiederholt herzlichen Dank für er-
 hebene Aufmerksamkeiten.

Geburts-Anzeigen.

Die glückliche Geburt einer gelunden
Tochter
 zeigen in dankbarer Freude an
 Georg Wichmann und Frau
 Denny geb. Silbers
 Großbornhorst, den 28. Juni 1929

Gefunder Junge
 angekommen.
 J. Katenkamp und Frau
 Käte geb. Mönich,
 Matke, den 27. Juni 1929.

Todes-Anzeigen.

Rafte (Olba.).
 Heute morgen entschlief nach lan-
 gem, schwerem Leiden unsere liebe
 Schwester, Schwägerin und Tante

Minna Sommer

im 52. Lebensjahre.
 Dies bringen tiefbetäubt zur
 Anzeige
 F. Sommer u. Familie.
 Die Beerdigung findet Montag,
 den 1. Juli, nachm. 2½ Uhr, vom
 St. Bernhards-Hospital aus statt.

Grummersort, den 26. Juni 1929.
 Heute morgen entschlief sanft u.
 ruhig nach kurzer, bestiger Kran-
 keit unsere herzlichste, kleine
 Tochter und Schwester

Mathilde Anneliese

im zarten Alter von 8 Monaten.
 Nur eine kurze Zeit war sie un-
 sere Freude und Gott nahm sie zu
 sich in sein Reich.
 In tiefer Trauer:
 Heinrich Harms und Frau
 Johanna geb. Zurrer,
 nebst Angehörigen.
 Die Beerdigung findet statt am
 Sonnabend, dem 29. Juni, 2 Uhr,
 auf dem Dolder Friedhof.
 Ruhe sanft, geliebte Mathilde!
 Vergessen werden wir dich nie!

Oldenburg, den 26. Juni 1929.
 Heute entschlief nach kurzer, bes-
 tigtier Krankheit mein lieber Mann,
 unser guter Vater, Großvater,
 Schwiegervater und Onkel, der

Herrmann
Heinrich Albers
 im Alter von 62 Jahren.

In tiefer Trauer:
 Elise Albers geb. Nafstedt,
 nebst Kindern und Angehörigen.
 Die Beerdigung findet statt am
 Montagmorgen um 3 Uhr vom
 B.-Friedr.-Hof-Hospital auf dem
 Obersten Kirchhof, ¼ Stunde vor-
 der Trauerandacht.

1. Beilage

zu Nr. 172 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Freitag, dem 28. Juni 1929

Zum Daolino-Schmeling-Kampf.



Schmeling, der Sieger.
(Siehe das Hauptblatt!)

Aus Stadt und Land

Oldenburg, 28. Juni 1929

Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Sachen der städtischen Biersteuer

Zugunsten der Stadt Oldenburg
Das Oberverwaltungsgericht Oldenburg hat sich als Verwaltungsinstanz in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 27. Juni 1929, mit zwei Klagen einer Brauerei und eines Bierverlegers gegen die Stadt Oldenburg auf Rückzahlung der Biersteuer wegen angeblicher Ungültigkeit der Biersteuerordnung zu befassen gehabt. Die beklagte Stadt ist durch den Oberbürgermeister vertreten worden. Das Oberverwaltungsgericht hat die Rechtsauffassung des Stadtmagistrats, daß die Genehmigung des Ministeriums im Falle des § 15, Absatz 2, des Reichssteuerabgabengesetzes als Finanzhoheitssache einer Nachprüfung im Verwaltungsstreitverfahren nicht unterliegt, in Uebereinstimmung mit dem preussischen Oberverwaltungsgericht geteilt und die Verfügungen gegen die Urteile des Verwaltungsgerichts, die durch die Klagen abgewiesen worden waren, zurückgewiesen, so daß die Stadt die beiden Prozesse in letzter Instanz gewonnen hat. Die Rechtsgültigkeit der oldenburgischen Biersteuerordnung ist damit festgestellt.

Der Urteilsbegründung entnehmen wir folgendes:
Die Genehmigung von Biersteuerordnungen (Gemeindestatuten) darf nur unter der Voraussetzung entsprechender Steuererlässe auf anderen Gebieten erteilt werden. Eine solche Leistung sieht die Stadt Oldenburg in der bereits durch Landesherrliche vorgenommene allgemeine Realsteuererhebung und in der Rückeinführung anderer Steuern, wie z. B. der Begegnungssteuer. Das Ministerium des Innern in Oldenburg hat die Biersteuerordnung der Stadt Oldenburg genehmigt. Die Brauereien, Bierverleger und Wirte haben die Veranlagung zu der Biersteuer im Verwaltungsstreitverfahren angefochten, sie sind der Ansicht, daß eine direkte Steuererhebung nicht erfolgt und deshalb das Statut rechtsungültig ist. Das Oberverwaltungsgericht hat die Klage abgewiesen. Es hat zur Begründung ausgeführt, daß die Nachprüfung der Frage, ob entsprechende Steuererlässe vorgenommen seien, einen hoheitlichen Charakter und im Verwaltungsstreitverfahren nicht nachgeprüft werden könne. Es handle sich um ein hoheitliches Verwaltungsakt, dessen Rechtmäßigkeit dem Ministerium vorläge. Zu der Voraussetzung der Steuererhebung vorliege, hat also das Oberverwaltungsgericht keine Zielung angenommen.

Die Entscheidung des oberverwaltungsgerichtlichen Verwaltungsstreitverfahrens ist auf dasselbe hinaus, was die Oberverwaltungsgerichte in Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg entschieden haben. Nur das hannoversche Oberverwaltungsgericht, das nur aus Zivilrichtern besteht, ist anderer Ansicht.

Überblick über die Arbeit des Landestheaters und Landesorchesters in der Spielzeit 1928/29.

Die Spielzeit 1928/29 des Landestheaters begann am Dienstag, dem 4. September 1928 mit „Minna von Barnhelm“ und endigt am 30. Juni 1929 mit „Fausts Dorette“. Der liebe Augustin wurden in knapp 10 Monaten Spielzeit 407 Vorstellungen gegeben, die sich wie folgt zusammenfassen: 15 Konzerte, 92 Opernvorstellungen, 98 Operettenvorstellungen, 180 Schauspielvorstellungen, 6 auswärtsige Entmiegelspiele, 2 Wagnerspiele, 1 Vortragsabend, 13 Vorstellungen der „Mischeltheater des Landestheaters“ im Schauspiel wurden vom Ensemble des Landestheaters in 23 verschiedene Werke studiert; in der Oper 13, in der Operette 6; zusammen mithin 42 verschiedene Werke.

Die höchsten Aufführungsziffern erreichten im Schauspiel „Minna von Barnhelm“ mit 17, „Die Dreigroschenoper“ mit 11, in der Oper „Der fliegende Holländer“ mit 12, in der Operette „Eine Frau von Format“ mit 25 Vorstellungen. Das Weihnachtsspielergebnis gelangte 15mal zur Aufführung. — An Schüleraufführungen bot das Landestheater 8, an Gastspielen im Lande Oldenburg 19. Die letzteren verteilten sich auf Cloppenburg (3), Roddenham (2), (2), Brafe (2), Saret (4), Leimenhorst (2), Roddenham (2). — Die Einföhrung der 42 verschiedenen Werke erforderte insgesamt 2190 Proben, von denen auf Stückproben 794, auf Soloproben 1136, auf Chorproben 260 entfielen. Nicht eingerechnet in diese Summe sind die technischen und reinen Orchesterproben. — Das Landestheater Oldenburg wurde in der letzten Spielzeit von über 163 000 Personen besucht, woraus sich ein täglicher Durchschnittsbesuch von über 500 ergibt.

Landestheater.

Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben:
Abschiedsvorstellung „Nivalen“.

Als Abschied für Knut Hartwig geht heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, zum letzten Male das mit größtem Erfolge aufgeführte amerikanische Soldatenstück „Nivalen“ von Anderson und Stallings, frei bearbeitet von Carl Judmayer, in Szene. Ende der Vorstellung um 9 1/2 Uhr. Kleine Preise (50 Pf. bis 2,50 Mk.).

Morgen „Die Terefina“.
Morgen, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, kommt die große Weltoperette „Die Terefina“ von Oscar Straus unter der musikalischen Leitung von Willy Schwoeppe zum letzten Male zur Aufführung. Die Terefina: Maria Mirowna. Ende der Vorstellung um 10 1/2 Uhr. Kleine Preise (50 Pf. bis 2,50 Mk.).

Anrecherenernung für die Spielzeit 1929/30.
Morgen, Sonnabend, ist der letzte Tag, an dem die Ermäßigung von etwa 30 Prozent für ein Anrecht der kommenden Spielzeit gewährt wird! Es ist die höchste Zeit, wenn Sie von dem besonderen Entgegenkommen der Intendanz Gebrauch machen wollen! Sie erhalten nach dem 29. Juni nur 25 Prozent Ermäßigung. Benachrichtigen Sie sofort die Landestheaterkasse, damit Sie noch rechtzeitig vorgemerkt werden!

Klaus Gurr wurde als Opernspieler an die Vereinigten städtischen Theater Düsseldorf verpflichtet.

* Gültigkeit der Sonntagsfahrten in dieser Woche verlängert. Wegen des katholischen Peter- und Paulitages kann man die Sonntagsfahrten benutzen zur Hofstadt am Freitag (von mittags, in Oldenburg von 11.22 Uhr an), Sonnabend und Sonntag, zur Rückfahrt am Sonnabend, Sonntag und Montag bis 9 Uhr.

* Unfall. Frau B., am Rövelcamp wohnhaft, brach sich das Fußgelenk und mußte, nachdem Dr. Wintermann die erste Hilfe geleistet hatte, ins Evangelische Krankenhaus gebracht werden. — Der Arbeiter Thole wurde auf der Heiligengiesstraße von einem Motorrad angefahren. Er erlitt schwere Kopf- und Beinverletzungen und wurde mit dem Unfallwagen ins Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital gebracht.

* Autozusammenstoß. Gestern nachmittags gegen 3 Uhr stießen an der Ecke Felingsgraben-Damm ein Wagen der Oldenburger Straßenbahn mit einem Kleinlieferwagen zusammen, wobei beide Wagen erheblich beschädigt, Personen aber nicht verletzt wurden.

* Volkverkehr mit der freien Stadt Danzig. Vom 1. Juli an sind im Verkehr mit der freien Stadt Danzig außer den bisher zugelassenen Briefkästen auch „Sonntags-Büchsen“ unter den in Deutschland geltenden Verkehrsbedingungen und Gebühren zugelassen.

* Das erste Jahresfest des Lutherischen Gottesdienstes wurde am Sonntag in Hude gefeiert. Nachdem der Zweigverein unseres Landes schon viele Jahre in der Stille für den Gottesdienst gewirkt hatte, trat er nun zum ersten Male ein wenig an die Öffentlichkeit. Eine Anzahl seiner Freunde aus Stadt und Land versammelte sich in Hude, wo der Kirchenrat die Kirche zur Verfügung gestellt hatte. Es war nur ein bescheidener Anfang, und dem noch geringen Besuche in weiteren Kreisen entsprach der geringe Besuch des Festes. Immerhin konnte der Vorstand des Gottesdienstes mit diesem feinen Auftakt zufrieden sein, zumal von Delmenhorst aus der Hofamendör und der Jungmädchenbund mitwirkten. In der Kirche predigte Pastor Wöhe von Bremen über das Axiomwort: „Welche der Geist Gottes treibt, die sind Gottes Kinder“, und in der sich anschließenden Versammlung, welche des letzten Wetters wegen im Saale der „Klosterschänke“ abgehalten werden mußte, sprachen Kirchenrat Toennis von Nürtingen über die Entfaltung des „Oldenburgischen Gottesdienstes“ und die Ausbreitung des ganzen Gottesdienstes, zur Freude vieler Anwesenden in seiner humorvollen plattdeutschen Weise, und Pastor Ramsauer von Debesdorf über Recht und Pflichten des Gottesdienstes. Die Reden ergaben im ganzen reichlich 38 Mi. Je mehr das Werk des Gottesdienstes in unsern Tagen fähig ist, desto mehr Freunde wird es in ihm auch finden, und auch bei uns wird der Beweis erbracht werden, daß der Gottesdienst neben dem Gustav-Adolf-Verein kein Hilfswort an den lutherischen Glaubensbrüdern üben kann, ohne dem älteren und größeren Bruder Abbruch zu tun.

* Bautätigkeit. Die Bautätigkeit, die ungefähr ein halbes Jahr lang gelegen hat, hat sich glücklicherweise hier etwas gehoben. Rund um die Stadt herum, im Wester Viertel, im Schützenzweckviertel, in Gwerfen, in Ardenbrück usw. ist die Bautätigkeit durch die Ziehlungs-Gesellschaft und durch andere Baugesellschaften, sowie feierlich Privater jetzt rege im Gange. Am Weddigen sind drei Wohnhäuser nahezu fertig und können in nächster Zeit bezogen werden, eins wurde dort gerichtet und ein fünftes nun in Angriff genommen. Wenn die Bautätigkeit dort so anhält, ist diese neuangelegte Straße in wenigen Jahren an beiden Seiten ganz bebaut. Infolge der wiedererregerten Bautätigkeit herrscht auch wieder rege Tätigkeit auf den Ziegeleien, die jetzt für ihre Produkte guten Absatz haben.

Zu der drohenden Hauszinssteuer-Erhöhung.

So schreibt uns die Gemeinnützige Ziehlungs-Gesellschaft Oldenburg a. M. B. G. Wohnungsfürsorge-Gesellschaft des Kreisamtes Oldenburg, Oldenburg i. E., Moltkestraße 23, veröffentlicht Herr Zombitus Dr. Julius in Nr. 170 der „Nachrichten für Stadt und Land“ einige Ausführungen, die folgende Sätze enthalten:

„Die Stadt Oldenburg bevorzugt bei der Gewährung der öffentlichen Baugeldmittel in einer geradezu unerschöpflichen Weise die Gemeinnützige Ziehlungs-Gesellschaft. Das laßt den Interessen der Wirtschaft stark zuwider und dient nur dazu, die durch die Gem. Ziehlungs-Gesellschaft repräsentierte öffentliche kommunale Bauwirtschaft zu härten und zu seiltzen. Die Hauszinssteuermittel, die mehr aufgebracht werden müssen — und nicht zuletzt vom Landwirt in starkem Maße mit aufgebracht werden — würden der privaten Bauwirtschaft bestimmt nicht ausreichen.“

Dieser ist folgendes Material: Eine Verorzugung der Gem. Ziehlungs-Gesellschaft bei der Verteilung der Baugeldmittel findet nicht statt. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Oldenburg sind im Jahre 1928 an Wohnungen erbaut 317, davon mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln 495. Von diesen Wohnungen entfallen:

- auf private Bauherren 361
- auf öffentliche Körperschaften und Behörden 30
- auf gemeinnützige Baugesellschaften (hier kommt als einziger die Gem. Ziehlungs-Gesellschaft in Frage) 126

In anderen Ländern ist der Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaues wesentlich höher, er beträgt in der Regel etwa 50 Prozent der gesamten Wohnungsbauwirtschaft.

Durch die oben wiederholten Sätze aus den Ausführungen des Herrn Zombitus Dr. Julius soll wider besseren Willens der Eindruck erweckt werden, als ob die der Gem. Ziehlungs-Gesellschaft zur Verfügung gestellten Baugeldmittel der Privatwirtschaft nicht zugute kommen. Hierzu müssen wir folgendes feststellen:

Sämtliche Arbeiten, die die Gem. Ziehlungs-Gesellschaft sowohl bei ihren Neubauten als auch zur Unterhaltung ihres Bestandes auszuführen laßt, werden an Handwerksbetriebe aus der Stadt Oldenburg vergeben.

Im Jahre 1928 sind insgesamt an Handwerksbetriebe und Lieferanten für Neubauten vorausgesetzt worden 1 065 791 RM., davon sind Hauszinssteuermittel 288 060 RM. für Reparaturen und Verbesserungen der vorhandenen Gebäude hat die Gem. Ziehlungs-Gesellschaft im Jahre 1928 rd. 56 000 RM. an oldenburgische Handwerker und Lieferanten bezahlt.

Ein großer Teil der dem Oldenburger Wohnungsbau zugeführten Geldmittel wird aus Quellen beschafft, die den einzelnen Unternehmern verfallen sind. Diese Beträge würden dem Oldenburger Handwerk verlorengehen, wenn die Gem. Ziehlungs-Gesellschaft ihre Tätigkeit nicht ausübt.

Jedem Grund für die Behauptung des Herrn Zombitus Dr. Julius, daß die erhöhten Hauszinssteuermittel der Privatwirtschaft bestimmt nicht ausreichen, ist daher nicht vorhanden. Es ist im Gegenteil demgegenüber zu konstatieren, daß die erhöhten Hauszinssteuermittel in vollem Umfange der privaten Bauwirtschaft zugute kommen würden. Es liegt uns jedoch fern, zu dem Problem der Hauszinssteuer-Erhöhung selbst Stellung zu nehmen.

Wir sind darüber im klaren, daß wir eine kleine Gruppe von anderen Bauunternehmern, die eine gewisse Leistung zu leisten imstande sind, nicht davon überzeugen können, daß unsere Tätigkeit eine Förderung der Privatwirtschaft bedeutet.

Diese kleine Gruppe größerer Unternehmer ist geneigt, unter dem Interesse der Privatwirtschaft lediglich ihren eigenen Interessen zu verhalten. Die bei weitem größere Zahl der kleinen Handwerksbetriebe, die heute schwer um ihre Existenz ringen müssen, hat ganz andere Interessen. Ihnen ist an einem Auftragsgeber gelegen, der ihnen möglichst regelmäßig Aufträge erteilen kann und seinen Zahlungsverpflichtungen prompt nachkommen kann.

Wir hoffen jedoch, diejenigen Handwerker und Lieferanten, die durch unser Bestreben bei unseren Bauten nur handwerklich beste Arbeit und gutes Material zuzuführen, verzögert sind, nämlich zu der Ueberzeugung zu bringen, daß nur gute Arbeit und gutes Material sowohl für den Lieferanten als auch für den Abnehmer wirtschaftlich sind.

Wir hoffen jedoch, diejenigen Handwerker und Lieferanten, die durch unser Bestreben bei unseren Bauten nur handwerklich beste Arbeit und gutes Material zuzuführen, verzögert sind, nämlich zu der Ueberzeugung zu bringen, daß nur gute Arbeit und gutes Material sowohl für den Lieferanten als auch für den Abnehmer wirtschaftlich sind.

Wir hoffen jedoch, diejenigen Handwerker und Lieferanten, die durch unser Bestreben bei unseren Bauten nur handwerklich beste Arbeit und gutes Material zuzuführen, verzögert sind, nämlich zu der Ueberzeugung zu bringen, daß nur gute Arbeit und gutes Material sowohl für den Lieferanten als auch für den Abnehmer wirtschaftlich sind.

* Beringe Esther. Rektor Schütte schreibt uns: Eine junge Esther hieß Herrn P. Heidrowitz, Hochhauserstraße 26 zu. Sie zeigte durch ihr Benehmen, daß sie an Menschen gelodigt, also in Gefangenschaft gewesen war. Am rechten Fuß aber trägt sie einen Aluminiumring mit der Inschrift: Higa. Dr. Frischhof, Zentrale 9307. Ein Herfliegen des jungen Vogels von Higa nach hier erscheint ganz ausgeschlossen. Er muß entweder hier mit einem Hingener Anfall versehen oder von Higa als Gefangener mitgebracht und hier entlassen sein. Wiederherstellen diese Zeiten dem ersten Besucher zur Wiedererlangung seines Pflichten.

* Staatslotterie. Am Anzeigenteil wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ziehung der vierten Klasse bis zum 5. Juli bei der unabhängigen Lotterie-Einnahme einbezogen werden müssen.

* Der Verein „Neuer Bürgerklub“, gegr. 1884, feiert Sonntag seine Mitglieder zu seinem Familienfest nach dem Weisenborfer Schützenweihe einladen. Trotz des unruhigen Wetterz haben sich etwa 200 Personen eingeladen, und bald entwickelte sich ein ideales Leben. Nach der Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden, Herrn Kämpel, wurde das vom Vergnügungsdirektor, Herrn Brömann, aufgestellte Programm abgewickelt. Für die Kleinen gab es Käsekerzen und Spielzeug; jede Dame erhielt Adolofade und außerdem einen Giraneri. Für die Herren war ein Preisfischen und -Angeln arrangiert. Nach Uebernahme des Programms trat der Tanz in seine Rechte, und nach der vorzüglichen Musik der Gläsernden Kapelle herrschte bald eine ideale Stimmung. Gegen 9.30 Uhr brachten Autos die Bürgerklub-Familien wieder in die Stadt.

Olderol das Bohnerwachs

Aus der Konkursmasse

einer ehemals führenden deutschen Wäschefabrik erwarben wir große Unterpreisposten. Es handelt sich um durch und durch

einwandfreie, vorzügl. Qualitäten bester Verarbeitung

Diese Aufsehen erregenden billigen Partie-Posten gelangen

ab Montag, den 1. Juli, zum Verkauf!

Nehmen Sie diese seltene Gelegenheit wahr! Mengenabgabe ausdrücklich vorbehalten

Der Vorverkauf findet ab morgen (Sonabend) früh statt!

Unsere anderen Abteilungen wie

Kleiderstoffe / Baumwollwaren / Herrenartikel / Strümpfe

bieten ebenfalls nach wie vor eine gewaltige Auswahl zu besonders niedrigen Preisen

A. S. Schölp

DAZ FÜHRENDE TEXTIL-SPEZIALHAUS

Gras-Verkauf

Strüchhausen, Gemeindevorsteher Schwarz zu Henz lebt am
Mittwoch, dem 2. Juli d. J.,
nachmittags 5 Uhr,
auf seinem zu Strüchhausen-Altenhof be-
legenen Lande

3 1/2 Jüch
gut besetztes Mähgras

in Abteilungen, sowie das Etgrün
zum Weiden,
öffentlich meistbietend mit längerer Zah-
lungsfrist verkaufen.
Käufer wollen sich am Kirchwege Har-
tenshauser Weg verammeln.
Kaufstettdaber ladet freundlich ein
Byl, amtl. Aukt.

Gras-Verkauf

Strüchhausen, Am
Mittwoch, dem 3. Juli d. J.,
nachmittags 5 Uhr,
werde ich auf D. G. Langen-Gaafes Bau
zu Colmar

2 Hektar 16 Ar
gut besetztes Mähland

sowie das Etgrün zum Weiden,
öffentlich meistbietend auf längere Zah-
lungsfrist verkaufen.
Käufer verammeln sich an der Frie-
schenmoorer Chaussee.
Kaufstettdaber ladet freundl. ein
Byl, amtl. Aukt.

Gras-Verkauf

Strüchhausen, Frau Dr. Behrmann zu
Wiesbaden lebt am
Montag, dem 1. Juli d. J.,
nachmittags 5 Uhr,

auf ihrer zu Eidentrot-Niederort bei Bau
reichlich 5 Hektar
gut besetztes Mähland

in Abteilungen, sowie das Etgrün
zum Weiden,
öffentlich meistbietend mit längerer Zah-
lungsfrist verkaufen.
Käufer verammeln sich am Mittelweg.
Kaufstettdaber ladet freundl. ein
Byl, amtl. Aukt.

Verpachtung

einer
schönen Landstelle

Die zu Rethen bei Dahn belegene Ver-
stehend aus
**geräumigen Wohn-
und Wirtschaftsgebäuden**
und etwa 2 1/2 ha beisen Acker- und Grün-
ländereien, soll mit Antritt zum 1. Mai 1930
zur anderweitigen Verpachtung gelangen,
und ist hierzu Termin auf

Donnerstag, 4. Juli, nachm. 5 Uhr,
in Detsjens Wirtschaft in Rethen anberaumt
Ralfede, Degen, amtl. Aukt.

Stadt, Schlachthof.

Sonabend

von 8.30 Uhr an:

Großer

Stein-Verkauf.

Ihr Garantist
beseitigt die Stein-
methode. Nachste
schreiben: Wirt, ver-
ständig. Dannes Haar
wird holler. Preis
1,90 Mt. Kleinvert.
Breiter Wünnich,
Julius-Wolken-Platz.

Für die Reife

empfehle:
Toilettenartikel
Anbehauben
Schwämme und
Schwammbeutel
Photo-Apparate
in jeder Preislage

Gintive
Federtischen
Blatten, Filme
Photo-Bedarfs-
artikel
in reichhaltiger
Auswahl

Donar-Draperie
Aus. Scherle
Donnerstag, Z. 62.

Preiswert zu ver-
eine gut ord. Tisch-
Stubeinrichtung
näheres durch
Kuf. G. Kalle,
Donnerstag,
Telephon 922.

Su verkaufen eine
junge fette Kuh
und ein 3-jähriger
Stier

H. G. Namien
Strüchhausen

Rüchenschänke
(neu)
Stück 68 M.
Seughausstraße 30.

Bäckerei

Stadt oder Land. Offerten unter R C 365
an die Geschäftsstelle dieses Blattes

Zwei erfolgreiche wirtschaftliche Klassewagen



Adler-Favorit

4/5 Sitze, 4 Türen, vornehme Limou-
sine M. 4950.— mit Einpedaldruck-
Zentralschmierung mit Oeldruck-
bremse
stark bequem unverwüstlich



Fiat 509

4 Sitze, elegante Limousine M. 4200.—
Luxusausführung Weymann M. 4450.—
leicht schnell sparsam dauerhaft
Jahressteuer M. 138.—

Verlangen Sie Angebot auch in den bewährten Adler Standard 6 und 8, Horch, Fiat, Hanomag

RAD-MUNDERLOH

Preuß.-Südd. Klassen-
Lotterie

Die Erneuerung der Lose zur 4. Zl.
hat unter Beteiligung der Lose 3. Zl.
insgesamt bis Freitag, den 3. Juli
laut Planbedingung zu erfolgen

Saverische
Volkshilfe-Lotterie
Hauptgewinn: 1 000 000 M. oder
12000 M. bar Geld
Ziehung schon 16. Juli
Los nur 50 Pf., Glücksbriefe zu 3 M.
Barro und Liste bei
Vorauszahlung 20 M., Nachnahme 60 M.

Sachsen
Geld-Lotterie
Ziehung 18. und 19. Juli
Hauptgewinn 10000 M., Los 1 M.
(u. u. wie oben)

Staatl. Lotterie-Einnahme
Otto Wulff
Lange Straße 1, Ecke Ball

2. Beilage

zu Nr. 172 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Freitag, dem 28. Juni 1929

Finanzausgleich — Hauszinssteuer vor dem Landtag.

Ungeklärte Lage. — Dritte Lesung notwendig.

R. Oldenburg, 28. Juni.

Die am gestrigen Tage stattgehabte Landtagssitzung dauerte insgesamt acht Stunden. Die allseitig erwartete Klärung der am meisten umstrittenen Gesetze über die Hauszinssteuer und den Finanzausgleich wurde nicht herbeigeführt. Im Gegenteil muß gesagt werden, daß die Situation nach Abschluß der gestrigen Sitzung mindestens so ungeklärt ist wie vorher. Beim Finanzausgleich prallten die Meinungen hart aufeinander. Insbesondere war das der Fall bei den Bestimmungen, die sich auf die Hilfsmittel für die notleidenden Gemeinden beziehen, weiter bei der Frage der Kürzungen der Ueberweisungen aus dem Ausgleichsstock für diejenigen Gemeinden, die ihre Realsteuer-Zuschläge nicht voll ausführen. Die Abstimmung ergab die Annahme des in der ersten Lesung gefaßten Beschlusses, der sich in vorstehendem Sinne bewegt. Anscheinend legten auch die Sozialdemokraten großes Gewicht auf die Annahme dieser Bestimmung. In den meisten Fraktionen stimmten die Abgeordneten nicht geschlossen. Die Schwierigkeiten wurden größer, als sich für die Hilfsmittel für die notleidenden Gemeinden überhaupt keine Mehrheit fand. Die Regierung hatte deshalb, zumal auch in der Schlussabstimmung über den Finanzausgleich sich keine Mehrheit fand, keine andere Möglichkeit, als den Landtag um eine erneute Beratung der Vorlage zu ersuchen. Doch erheblich größer waren die Schwierigkeiten bei der Beratung des Hauszinssteuerergesetzes. In der Vormittags-

sitzung fand der Antrag auf Ablehnung der in der ersten Lesung angenommenen Steuererhöhung keine Mehrheit, dagegen wurde mit großer Mehrheit ein Antrag Dr. Schulte angenommen, den wir an anderer Stelle abdrucken, und der um eine Regierungsvorlage ersucht, durch die in nächsten Jahre die Ungleichheiten der Hauszinssteuer beseitigt werden sollen. In der Nachmittagsitzung wurden bei erneuter Abstimmung beide Anträge abgelehnt, allerdings mit etwas anderen Mehrheiten als am Vormittag, weil mehrere Abgeordnete, die sich am Vormittag der Abstimmung enthalten hatten, jetzt eine bestimmte Stellung einnahmen oder umgekehrt. Nunmehr ersuchte die Regierung, wie sie es vorher schon in Aussicht gestellt hatte, auch bezüglich dieses Gesetzes um eine erneute Beratung. So ist also noch immer nicht zu sagen, ob die Hauszinssteuererhöhung endgültig abgemeldet ist.

Heute vormittag 9 Uhr traten die Ausschüsse wieder zusammen, um die erneute Beratung der Vorlagen vorzunehmen. Man gibt sich im Landtage die größte Mühe, eine Verständigung herbeizuführen, um weitere Schwierigkeiten zu vermeiden. Am heutigen Tage begann um 10.30 Uhr eine Plenarsitzung, und in dieser Sitzung soll der Rest der Vorlagen, einseitig Finanzausgleich und Hauszinssteuerergesetz, erledigt werden. Kommt es zu seiner Verständigung, dann wird die Lage so kompliziert, daß niemand vorhersehen kann, welchen Ausgang die Dinge nehmen werden. Man sprach außerhalb des Parlamentes schon von der Möglichkeit einer Regierungskrise. Doch sind solche Kombinationen mit großer Vorsicht aufzunehmen.

gerne Veranlassung nehmen, das Zahlenmaterial, das Herr Dannemann vorgetragen habe, gründlich nachzuprüfen.

Abg. Frerichs (Zog.) beugt gegenüber dem Vorwurf des Herrn Röder, daß er leeres Zeug rede, in Demut sein Haupt. (Heiterkeit.) — Abg. Röder: Sie haben das deutsche Volk ja verraten!

Der Antrag wird mit 22 gegen 20 Stimmen angenommen.

Die Verteilung der Amtsverbandslasten.

Nach dem Beschluß der ersten Lesung soll bei der Verteilung der Amtsverbandslasten das Drittel des Landes- und Gemeindefonds an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit dem anderthalbfachen Betrage der einfachen staatlichen Grund- und Gebäudesteuer eingestrichen werden. — Zentrum, Landesblock und Landvolkpartei beantragen Streichung dieser Bestimmungen.

Für den Fall der Ablehnung dieses Streichungsantrages auch in zweiter Lesung beantragen Zentrum, Landesblock, Landvolkpartei und Demokraten die Aufhebung des Beschlusses der ersten Lesung und Annahme der Ziffer 9 des Gesetzentwurfes mit folgender Änderung:

Dem § 17 Absatz 1 in der Fassung des Gesetzentwurfes wird folgender Satz nachgefügt: „In der Berechnung nicht mit anzusehen sind die Beträge der Grund- und Gebäudesteuer solcher Grundstücke und Gebäude, deren Erträge nach dem Realeinkommen- und Körperschaftsteuergesetz gestrichelt der Besteuerung nicht unterliegen.“

Der Antrag auf Streichung wird mit 23 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Darauf wird der andere Antrag angenommen.

Volkschullehrerbeförderungszuschüsse. — Ausgleichsstock.

Die Sozialdemokraten beantragen, was in erster Lesung abgelehnt wurde, daß bei der Verteilung der Zuschüsse neben der Einkommen- und Körperschaftsteuer auch 30 Prozent der staatlichen Grundsteuer mit in Rechnung gestellt werden.

Die Regierung beantragt Wiederherstellung der in erster Lesung abgelehnten Bestimmung, wonach bei Zusammenlegung von Klassen die Gemeinden die Hälfte des Staatszuschusses aus dem Ausgleichsstock weiter erhalten. — Landesblock, Zentrum, Landvolk- und Wirtschaftspartei beantragen Annahme des Regierungsantrages.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Der Antrag der Regierung angenommen.

Kürzung der Zuschüsse bei Nichterhebung der vollen Steuerzuschüsse.

In erster Lesung ist ein Antrag angenommen, wonach die Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock an Gemeinden, die ihre Realsteuern nicht voll ausführen, um den zu wenig erhobenen Betrag gekürzt werden sollen. Eine Minderheit des Ausschusses — Zentrum, Landesblock, Landvolkpartei — will auch Wegesuern und ähnliche Leistungen dabei berücksichtigt wissen und beantragt folgende Fassung des in erster Lesung angenommenen Antrages:

„Den Gemeinden, die an Steuern, Umlagen und Leistungen insgesamt den Betrag nicht erheben, der der Höchstbegrenzung des Zuschusses zur Grund- und Gebäudesteuer, zur Gewerbesteuer und zur Steuer vom bebauten Grundbesitz entspricht, werden die aus dem Ausgleichsstock zu zahlenden Beträge um die nicht erhobenen Steuerbeträge gekürzt.“

Abg. Frerichs (Zog.) meint, der Antrag mache die an sich klare Situation nur unklar und nennt ihn eine Unverfrorenheit.

Abg. Dannemann (Ldbk.) erwidert, wenn man die Bestimmung streiche, werde ein tüchtiger Gemeindevorsteher schon wissen, wie er sich verhalten solle.

Abg. Albers (Dem.) rät den Gemeindevorstehern, bei der Berechnung des vollensteuerten Nachtrag zu legen.

Abg. Dannemann (Zog.) meint das sei kein Betrag.

Abg. Albers (Dem.) befreit das. Der Abgeordnete Dannemann habe vor Jahren für einen ähnlichen Antrag gestimmt. Damals sei es kein Betrag gewesen.

Abg. Frerichs (Zog.) meint, es sei bei diesem Antrage wie bei einer Alimentenfrage. Man habe den Vater noch nicht gehört. Niemand wolle es gewesen sein. (Heiterkeit.)

Abg. Hartong (Ldbk.) hofft, daß der Antrag fällt. Wenn ein tüchtiger Gemeindevorsteher Schiebungen machen wolle, werde man ihn im nächsten Jahre schon zu fassen wissen.

Hilfsmittel für notleidende Gemeinden.

In der ersten Lesung waren die Regierungsvorlage und die dazu gestellten Anträge in diesem Punkt abgelehnt worden. — Zur zweiten Lesung sind folgende Anträge gestellt:

1. Das Zentrum beantragt Annahme der Regierungsvorlage. — 2. Die Sozialdemokraten beantragen dasselbe, jedoch wollen sie die Bestimmung, wonach die Regierung eventuell mit Zwangsgesetzsetzung vorgehen kann, streichen. — 3. Der Abg. Dannemann beantragt ebenfalls Annahme der Regierungsvorlage; nach seinem Antrag soll jedoch bei Anwendung des erweiterten Zu-

Sitzungsbericht.

Präsident Zimmermann eröffnet die Sitzung. Abg. Wichmann verliest das Protokoll, Abg. Brosch die Eingänge. Am Regierungstisch Ministerpräsident v. Findh, Staatsminister Dr. Driver und Dr. Wille's.

Finanzausgleich.

Das Steuerrecht der Ortsgenossenschaften.

Nach einem Antrag der Demokraten, der Landvolkpartei, des Zentrums und des Landesblocks soll eine Ortsgenossenschaft, wenn die Gemeinde nach der Entscheidung der Aufsichtsbehörde nicht in der Lage ist, die Ortsgenossenschaft ausreißend an ihrem Steueraufkommen zu beteiligen, das Recht haben, neben dem gesetzlichen Zuschlag zur Gebäudesteuer in Höhe von 100 Prozent weitere 100 Prozent des Grundbetrages der staatlichen Steuer heben dürfen.

Abg. Dannemann (Landesbl.) so lange es ein Finanzausgleichsgesetz gibt, bin ich dafür eingetreten, die Steuern zu senken. Auf meine Anregung ist vor Jahren die Beschränkung des Zuschlagsrechts auf 300 bzw. 100 Prozent zur Grund- und Gebäudesteuer und zur Gewerbesteuer in das Gesetz hineingekommen. Früher war der Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer stets gleich. Man hat damals aber geglaubt, den Zuschlag zur Gebäudesteuer herabzusetzen, weil die gesetzliche Miete nur 30 Prozent der Friedensmiete betrug. Die Miete beträgt jetzt 120 Prozent; die damaligen Voraussetzungen liegen also nicht mehr vor. In vielen Gemeinden hat man jetzt 500 Prozent Zuschläge zur Grundsteuer und nur 100-150 Prozent Zuschläge zur Gebäudesteuer. Oldenburg ist das einzige Land in Deutschland, das diesen Unterschied in der Besteuerung macht; und diese ungleichmäßige Heranziehung ist auch die Ursache der Notlage der Städte. Grundsteuer bedeutet in den Städten im Vergleich zur Gebäudesteuer sehr wenig. Ich habe nun Vergleiche angestellt in der Besteuerung zwischen Oldenburg und Preußen, d. h. zwischen Oldenburg und der Provinz Hannover, und zwar bei zehn landwirtschaftlichen Betrieben der Mark und zehn Betrieben der Geest. Hier stellt sich nun heraus, daß in Oldenburg die landwirtschaftlichen Betriebe bei gleichem Einheitswerte um rund 80 Prozent höher mit Realsteuern belastet sind als in den Gemeinden der Provinz Hannover. Und nun kommt der Vergleich zwischen 20 gewerblichen Betrieben aus Oldenburg mit den gewerblichen Betrieben in denselben Gemeinden der Provinz Hannover. Dabei hat sich herausgestellt, daß in Oldenburg das Gewerbe nur 43 Prozent der Beträge an Realsteuern zu entrichten hat, die auf das Gewerbe in den preussischen Gemeinden entfallen. Dies ist eine solche schreiende Ungerechtigkeits, daß ich sie unter keinen Umständen länger mitmachen kann. Die Hauptursache dieses Unterschiedes liegt darin, daß in Preußen auch die landwirtschaftlichen Wohngebäude zur Hauszinssteuer nicht herangezogen werden. Ich lehne es ab, die Steuern zu erhöhen, verlange aber, daß endlich eine Gleichmäßigkeit in der Besteuerung herbeigeführt wird. Grundförmlich bin ich der Meinung, daß die Wirtschaftskreise zusammenkommen müssen bei der Beratung von Steuerergesetzen, wenn man aber, wie das in Verhandlungen der Wirtschaftspartei geschehen ist, sich ausschließlich gegen die Herbeiführung der Gleichmäßigkeit, dann bleibt mir nichts anderes über, als diesen Weg, so bedauerlich das

ist, zu beschreiten, damit endlich auch die Gerechtigkeit erfaßt, wie ungerecht die Steuerlasten in Oldenburg verteilt sind, und das in keinem Lande in Deutschland eine solche Benachteiligung der Landwirtschaft besteht wie in Oldenburg. Die Regierung fordert ich auf, die Richtigkeit meiner Angaben nachzuprüfen, und wenn sie sich überzeugt hat, daß sie richtig sind, dann erwarte ich, daß sie Vorschläge zur Milderung der Besteuerung macht. Ich behauere, daß ich gezwungen worden bin, diese Wahrheit einmal in aller Öffentlichkeit auszusprechen zu müssen, denn wir wollen nicht gegeneinander, sondern miteinander dafür sorgen, daß endlich auch in den Gemeinden die Steuern gesenkt werden.

Abg. Albers (Dem.) erinnert daran, daß der Abgeordnete Schmidt schon bei der ersten Sitzung darauf hingewiesen habe, daß die Besteuerung der Landwirtschaft hier nicht geringer sei als in Preußen. Redner bittet die Regierung, im nächsten Jahre um einwandfreies Material, damit man endlich ganz klar sehen könne. Redner weist darauf hin, daß eine ganze Anzahl von Gemeinden ihr Steuerrecht nicht voll ausüben. Er wendet sich weiter gegen die Behauptung, daß die Städte noch viel unnütze Ausgaben machen. Wer sich einmal die Mühe mache, die städtischen Voranschläge nachzuprüfen, werde bald feststellen, daß der größte Teil der Ausgaben ja notwendig sei. Wie es im nächsten Jahre mit der Stadt Oldenburg werde, darüber wolle er sich nicht verbreiten. Jedenfalls spritzten sich die Dinge erdélyig zu.

Abg. Röder (Wirtsch.-Partei) wendet sich gegen das Bestreben, den Hausbesitz noch mehr zu belasten. Im Namen des Gewerbes und der Hausbesitzer weist er solche Bemühungen energisch zurück. Der städtische Hausbesitz und das Gewerbe wende sich gegen jede Erhöhung der Realsteuern. Wiederholt sei in wochenlangen Beratungen ein gründlicher Nachweis über die unentrichtliche Belastung des Hausbesitzes und des Gewerbes geliefert worden.

Abg. Frerichs (Zog.) meint, nach den Ausführungen des Herrn Dannemann könne es scheinen, daß die Schürbammerung andrehe. Aber er glaubt, daß sich die feindseligen Kräfte bald wieder in den Armen liegen. Interessant sei es ihm, von Herrn Dannemann gehört zu haben, daß es der Landwirtschaft einmal gut gegangen sei. Sontz höre man immer das Gegenteil. Die Landwirtschaft dürfe sich nicht wundern, wenn man ihren Angehörigen mit einiger Skepsis begegne. Redner behauptet, daß Herr Dannemann kein Zahlenmaterial nicht im Ausschuss vorgelegt habe. Dann habe man es nachprüfen können. Mit Zahlen könne man bekanntlich alles beweisen.

Abg. Dannemann (Landesbl.) begreift nicht, wie der Abgeordnete Röder aus seinen Ausführungen herausgehört hat, daß er eine härtere Belastung von Handel und Gewerbe will.

Abg. Röder (Wirtsch.-P.) meint, ein Ausgleich könne nicht mehr stattfinden, weil zum Ausgleich nichts mehr da ist. (Heiterkeit.) Durch leere Redensarten schaffe man kein Geld. Man streue dem Volk nur Sand in die Augen. Redner lehnt die ganze Vorlage ab. (Abg. Frerichs: Einfache Geschichte!)

Staatsminister Dr. Wille's erinnert an die Verhandlungen im Jahre 1927, in denen von den Abgeordneten ein wesentliches Bild von der Belastung der Landwirtschaft gegeben wurde. Jedenfalls wird die Staatsregierung



Für Ihr Haar angenehm- und sehr bequem
Schwarzkopf Flüssige Haarwäsche

Für Blonde:
Kamille

Ganze Flasche RM 2.- Halbe Flasche RM 1.25
Probe-Flasche 50 Pf.

Für Dunkle:
Teer



schlagsrecht zunächst der Zuschlag zur Gebäudesteuer auf die Höhe des Zuschlags zur Grundsteuer gebracht werden, also auf 300 Prozent. — 4. Der Abg. Hatzung (Wp.) will die Bestimmung der Regierungsvorlage in der Form annehmen, daß die Hälfte des Zuschlags der Stadt der in Betracht kommenden Gemeinden durch zinslose Darlehen aus dem Ausgleichsfonds, die andere Hälfte durch Steuern nach § 16 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes (also durch Wohnsitzungssteuer, Poststeuer und ähnliche Steuern) gedeckt werden.

Staatsminister Dr. Driever tritt dafür ein, daß der Regierung nicht die Möglichkeit erlipart werde, in bezug auf die Einführung mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. — Abg. Albers (Dem.) meint, die Bestimmung in der Widerspruch stehen mit der Gemeindeordnung. — Staatsminister Dr. Driever beschränkt das. Man müsse die Möglichkeit zu Zwangsmaßnahmen haben. Mit Wale und Baret sei man feinerzeit zu Hande gekommen, anderes sei es in Reusefeld gewesen. — Abg. Rödler (Wirtsch.) befaßt sich mit den Zwangsmaßnahmen. Man müsse zu einer gerechten Steuererteilung kommen. — Abg. Nieberg (Landesbl.) meint, mit Neben kommen man nicht weiter. Man solle praktische Vorschläge machen, wie den schwachen Gemeinden geholfen werden könne. — Abg. Rödler (Zog.) führt aus, es werde immer wieder behauptet, Wale habe unnötige Ausgaben gemacht. Herr Meyer-Holte habe wieder die Freundlichkeit, zu erklären, was für Ausgaben das seien, damit man von ihm lernen könne. — Abg. Meyer-Holte (Ztr.) hat die Überzeugung, daß die Städte viel sparen können. Er hat den Stadtratbericht aus Oldenburg gelesen und daraus ersehen, daß ein Stadtratmitglied selbst gesagt habe, daß Oldenburg viel durch das Theater sparen könne.

Abg. Müller (Rom.) spricht unter der Herrlichkeit des Hauses über die Besetzung des Arbeitgebers. Eine für sich, eine für die Gemeinlichkeit und eine für das Finanzamt. Wer kann denn das Theater und die Weinrestaurants besuchen? Doch nicht der arme Deutscher! Sie besuchen doch das Theater. Beim Wohlstand hört man und trifft damit die Vermögen der Armen. Wein und Sekt kosten man nicht, wohl aber das Bier, das Getränk für den armen Mann. Abg. Rödler (Wirtsch.) beschränkt, daß in den Kreisen des Gewerbes Steuerdrücke getrieben werde.

Abg. Rödler (Zog.) ist dem Abg. Meyer sehr dankbar, daß er gesprochen habe. Es sei natürlich alles falsch gewesen. Herr Meyer habe behauptet, Wale habe 14 Beamte. In Wirklichkeit seien es vier, ein Bürgermeister, ein Rammere und zwei Nachschußleute. (Geisterzeit.) Aber die Wale Verhältnis würden in den münsterländischen Wäldern immer falsch dargestellt. (Meyer-Holte: Ihre höheren Schulen?) Ich halte das Juviel selbst für überflüssig, und wir würden gerne auf unsere höheren Schulen verzichten, wenn wir, wie im Süden, eine staatliche höhere Schule hätten.

Abg. Rödler (WDA) macht den Vorschlag, die Gewinne der Wale zu enteignen, dann brauche man sich nicht mehr über Besetzung zu beklagen. Aber die Steuerzahler pumpe man bis zum Weißbrot aus. Bei weiteren schärferen Maßnahmen erlingt die Glade des Präsidenten. Der Redner wird ermahnt, sich parlamentarisch auszudrücken. (Abg. Rödler: Nein, das tut er nicht.) — Der Präsident: Ich rufe den Abgeordneten zur Ordnung.

Sämtliche Anträge werden abgelehnt. (Zuruf von Meyer-Holte: Es hat jetzt gar keinen Zweck, die Beratung fortzusetzen.)

Abg. Fritsch (Zog.) Die Auffassung teile ich nicht. Die Bestimmung stellt zwar einen wichtigen Teil des Finanzgesetzes dar, aber nicht das Gesetz selbst.

Da somit bezüglich der Bestimmungen für Wale und Baret ein Beschluß überhaupt nicht zustande gekommen war, stellte der Abg. Hatzung vor der Schlussabstimmung einen Antrag, der den vorher abgelehnten § 206 des Gesetzes, der sich mit den nachstehenden Gemeinden beschäftigt, wieder aufnimmt, nur mit der Änderung, daß die Bestimmung, die der Aufsichtsbekörde die Möglichkeit des Eingreifens bietet, gestrichen wird. Diese Bestimmung wurde in den vorhergehenden Beratungen für die Einle Anlaß zu ihrer Ablehnung dieses Paragraphen. Der Abg. Hatzung wollte also eine dritte Lesung vermeiden und stellte aus diesem Grunde diesen Antrag. Eine Entscheidung hierüber fand aber vormittags nicht mehr statt und wurde auf die Nachmittagsitzung vertagt.

Verfärkung des Ausgleichsfonds.

Die Regierungsvorlage sah die event. Auffüllung aus dem Gemeinanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer vor. In der 1. Lesung wurden die Vorlage und die dazu gestellten Anträge abgelehnt.

Zur 2. Lesung stellten Demokraten, Landvolk, Zentrum und Landesblod folgenden Antrag:

„Nicht der Ausgleichsfond nicht aus, so ist er unter Vermidung der Ansammlung von Restbeträgen aus dem Gemeinanteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer um diejenigen Beträge zu verstärken, die in Erfüllung des § 20n und nach der endgültigen Gestaltung dieses Gesetzes notwendig sind, für den Landes- teil Oldenburg jedoch nur bis zur Höhe des Summe von 500 000 Rm.“

Der Antrag wird mit einem Verbesserungsantrag Fritsch angenommen.

Das Zuschlagsrecht der Amtsverbände.

Ein Antrag Löhne (Abbl.) will die Bestimmung, daß die Amtsverbände 50 Prozent Zuschlag zur Hauszinssteuer haben können, streichen und die Gemeinden von vornherein berechtigen, 100 Prozent haben zu können.

Die Regierung erklärt dazu, daß in den letzten Jahren nur fünf Amtsverbände von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht haben. Man möge in diesem Jahre eine Veränderung nicht vornehmen.

Die Mehrheit erucht das Staatsministerium um Prüfung, ob nicht im nächsten Jahre der § 10 des Finanzausgleichsgesetzes im Sinne des Antrages Löhne geändert werden kann. Der Antrag wird angenommen.

Wünsche für das nächste Jahr.

Allgemein erucht der Ausschuß die Regierung um Prüfung darüber, ob nicht der nächstjährige Entwurf eines Finanz- ausgleichsgesetzes so gestaltet werden kann, daß

- 1. nicht mehr über die Amtsverbände und Gemeinden nur an der Hälfte der dem Landes- teil Oldenburg zuzuführenden Reichskassierensagenener, sondern an dem ganzen Beträge beteiligt und hierbei die Gemeinden und Gemeindeverbände mit ihren gesamten vertretungswichtigen Straßen ganz oder teilweise beteiligt werden;

- 2. die Beträge für den Ausgleichsfond nicht mehr den Gemeinanteilen entnommen werden, und
- 3. zum Ausgleich die Grundverteilung der Gemeinanteile und Gemeinden entsprechend geändert wird.

Der Regierung zur Prüfung überwiefen wird ferner der Antrag Albers:

Der Kampf um die Gestaltung der Hauszinssteuer.

Zur zweiten Lesung des Hauszinssteuergesetzes sind acht Anträge gestellt, von denen die Anträge des Regierungs- vertreters, des Abg. Schmidt (Dem.) und des Abg. Hartung (Abbl.) im wesentlichen denselben Inhalt haben. Diese Anträge fordern Befreiung des Beschlusses der ersten Lesung auf Streichung der Vergünstigung für die Gebäude, deren Friedensdienste 4 Prozent des Brandversicherungs übersteigt. Der Finanzminister erucht bringend um Befreiung des Beschlusses der ersten Lesung. Es sei nicht ausgeschlossen, daß bald, vielleicht schon im nächsten Jahre, neue Steuern zur Deckung des Schuldenstandes im Staatshaushalt notwendig seien; dann müßten die Steuerumlagen gestrichelt werden. Es sei deshalb nicht richtig, in der hier vorgeschlagenen Weise die Zukunft zu verbauen.

Von einem Teil des Ausschusses wurde betont, daß die in erster Lesung beschlossene Änderung des § 23 gerecht erscheine und auch tragbar sei, wenn man für Gebäude bis zu 10 000 Rm. Brandversicherung die Vergünstigung beibehalte, und wenn der Sätzeparagraph in weiterer Umfang Anwendung finde.

Ein anderer Teil des Ausschusses steht dagegen in der Änderung des § 23 eine große neue Belastung für die Kreise des Hausbesitzes, die sich nicht rechtfertigen läßt, die auch zurzeit durchaus nicht notwendig erscheine und darum abzulehnen ist.

Ein sozialdemokratischer Antrag will 1. für Gebäude mit bis 10 000 Rm. Brandversicherung die Vergünstigung beibehalten, 2. festsetzen, daß Besitzer mehrerer Häuser seinen Anspruch auf die Vergünstigung haben, und 3. aus dem Mehrertrag, das sich nach Streichung der Vergünstigung des § 23 ergibt, so viele Mittel vorzunehmen, um den Zinsfuß der staatlichen Darlehen von 5 Prozent auf 3 Prozent setzen zu können. — Diese Lesung des Gesetzes würde 166 000 Rm. erfordern.

Staatsminister Dr. Müller bittet dringend, den Antrag des Staatsministeriums anzunehmen und den Antrag Meyer abzulehnen, den er für verfehlt hält. Wir befinden uns in einem Nothstand, und Redner kennt kein Land, das eine Erhöhung der Steuern vorgenommen hat. Wie die zukünftigen neuen Steuern gestaltet sein werden, lasse sich heute noch nicht sagen, doch solle man ihm die Möglichkeit für die Zukunft nicht verschließen. Der Antrag Meyer sei überflüssig, und Redner würde nur bedauern, wenn er angenommen würde.

Abg. Schmidt (Dem.) ist stets für Zinsverbildigung eingetreten. Auf dem Wege gehe es aber nicht. Er bittet, den in erster Lesung gefassten Beschluß nicht zu wiederholen. Es sei richtig, daß ein Teil der Steuerzahler die Befreiung wohl tragen könne, aber andererseits treffe man ein großes Heer von Steuerzahlern, dem die Aufbringung dieser neuen Steuer sehr schwer falle.

Abg. Fritsch (Zog.) vertritt seinen Standpunkt, wie er aus der ersten Lesung bekannt ist. Redner will dem Finanz- minister gewiß nicht die Steuerumlagen für die nächsten Jahre nehmen. Er steht unter dem Eindruck, daß das Zentrum zu seinen Anträgen aus erster Lesung nicht mehr steht. Der Spektral, der draußen entfallen sei, sei dem Zentrum doch wohl in die Glieder gefahren. Es sei mindestens interessant, daß der Abgeordnete Meyer vorhin, als von dem Antrag Meyer die Rede gewesen sei, durch einen Zwischenruf seinen Antrag als Antrag Fritsch bezeichnet habe. Er scheine seine Vaterstich nicht mehr anerkennen zu wollen.

Abg. Meyer-Holte (Zent.) steht zu seinem Antrag. Der Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg habe die bisherige Befreiung selbst als sozial bezeichnet. Und die Verhandlungen im Stadtrat hätten ergeben, daß der

gesamte Magistrat dieser Auffassung sei. Man sehe also, daß er, Meyer, nicht allein stehe.

Abg. Hartung (Abbl.) bezeichnet es als grotesk, daß die Regierung den Landtag bitte, eine Steuererhöhung abzulehnen, und daß ein Teil des Landtages der Meinung sei, die Steuererhöhung nicht auszuführen. Redner hält es für unmöglich, daß die Mehrheit des Landtages gegen den Willen des Ministeriums eine Steuer beschließt, durch die weite Kreise, bis in die Kreise der Arbeiter hinein, stark belastet werden. Die Ausführungen des Oldenburger Oberbürgermeisters erklärt Redner für objektiv, nicht richtig und unwar. Man müsse bei dem Oberbürgermeister immer wieder eine Eigenhaft feststellen, die er nicht haben darf. Es sei seine Pflicht, bei seinen offiziellen Kundgebungen bei der Wahrheit zu bleiben.

Abg. Schmidt (Dem.) gibt dem Oberbürgermeister darin recht, daß der Staatshaushalt auf Kosten der Gemein- den balanciert.

Abg. Löhne (Abbl.) ist der Meinung, daß die Städte bei ihren Voranschlägen viel üppiger seien als der Staat. Wenn sie zu ihren Aufgaben zu erfüllen hätten, müßten sie sie auch selbst bezahlen.

Abg. Nieberg (Abbl.) glaubt nicht, daß sich noch jemand durch die Neben in seiner Abstimmung beeinflussen läßt. Der Abg. Meyer messe der Eingabe der Stadt Oldenburg die große Bedeutung bei, weil sie ihm in seinem Stam passe. Redner hat an den Magistratsverhandlungen nicht teilgenommen. Er würde der Eingabe nicht zustimmen haben. Aber man müsse doch sagen, daß die Eingabe nur vom Standpunkt der städtischen Finanzen aus gemacht worden sei.

Abg. Lohmann (Zog.) geht auf die große Wohnungsnot in den Städten ein. Ihr müße abgeholfen werden, und das geschehe durch Wohnungsbau, wofür man die beantragten Mittel gebrauche. Redner hält es nicht für richtig, daß man jemand so scharf angreift, der nicht anwendend ist, wie es von Herrn Hartung geschehen sei.

Nachdem die Abgeordneten Rödler (Wirtsch.) und Rödler (WDA) ihren Standpunkt dargelegt haben, nimmt

Abg. Meyer (Zog.) das Wort: Er nimmt Oberbürgermeister Dr. Goerlich gegen die scharfen Angriffe des Abg. Hartung energisch in Schutz. Er würde es begriffen haben, wenn der Herr Hartung sich gegen den Antrag selbst gewendet habe, aber die Art, wie er den Oberbürgermeister selbst angegriffen habe, dürfe nicht ohne Widerpruch bleiben. Der Oberbürgermeister habe gesagt, daß der Etat des Landes auf Kosten der Städte balancierte, und das sei richtig. Auch darin habe er recht, daß der Antrag im Magistrat besprochen worden ist, und daß er dort allgemeine Zustimmung gefunden hat. Wo seien also die Gründe, die den Abg. Hartung bestimmen, so scharf gegen den Oberbürgermeister vorzugehen?

Abg. Hartung (Landesbl.) erklärt, der Landtag befinde sich dem Oberbürgermeister gegenüber in Abwehrstellung. Er habe den Landtag angegriffen.

Abg. Albers (Dem.) nennt die Angriffe unnütz und ungehörig.

Zur Ablehnung mit 23 gegen 19 Stimmen bei 3 Stimmenthaltenen gelangte der Antrag, wonach die in erster Lesung beschlossene Erhöhung der Hauszinssteuer abgelehnt werden sollte. Dann wurde aber mit erheblicher Mehrheit ein von dem Abgeordneten Dr. Schulte angenommener Euentualantrag angenommen, der u. a. die Staatsregierung ersucht, dem nächsten ordentlichen Landtage Vorschläge zur Befreiung der Ungleichheiten in der Besteuerung, die im § 23 des Hauszinssteuer- gesetzes enthalten sind, zu machen. (Der § 23 enthält die Bestimmungen über die Vergünstigungen für einen Teil der Häuser). Durch die Annahme dieses Antrages waren sämtliche anderen Anträge erledigt, auch bezüglich der Ermäßigung des Zinsfußes für Darlehen von 5 auf 3 Prozent besandt.

Damit ist auch der Beschluß auf Erhöhung der Hauszinssteuer hinfällig geworden. Um 1.30 Uhr wird die Sitzung auf 4.30 Uhr vertagt.

Nachmittagsitzung.

Präsident Zimmermann teilt zu Beginn der Nachmittagsitzung mit, daß Zweifel über die Gültigkeit der bei Schluß der Vormittagsitzung stattgefundenen Abstimmung entstanden seien. Nach mehr als halbstündiger Geschäftsordnungsdebatte einigte man sich dahin, den Antrag Schulte zuerst zur Abstimmung zu bringen. Bei dieser erneuten Abstimmung wurde der Antrag Schulte mit 21 gegen 20 Stimmen abgelehnt. (Große Unruhe.)

Abg. Hartung: Heute morgen haben Sie anders gestimmt!

Hierauf wurde nochmals über den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage abgestimmt. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 19 Stimmen bei sechs Stimmenthaltenen ebenfalls abgelehnt. Damit war das Gesetz nach dem Beschluß der ersten Lesung, also mit dem Antrag Meyer-Holte, der die Gebäude mit höherem Mietzins nicht mehr gesont wissen will, angenommen.

Die Regierung beantragte darauf Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß und dritte Lesung. Danach wurde die noch ausstehende Abstimmung über den Antrag des Ausschusses zum Finanzausgleichsgesetz vorgenommen. Der Antrag soll dem Gesetzentwurf im ganzen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Abg. Fritsch erklärte für die Sozialdemokraten, daß seine Fraktion nach der Gestaltung des Gesetzes die Zustimmung dazu nicht geben könnte. — Der Antrag wurde daraufhin abgelehnt, so daß auch das Finanzausgleichsgesetz in zweiter Lesung abgelehnt war. — Die Regierung beantragte hier ebenfalls sofort eine dritte Lesung.

Im Anschluß hieran wird das Gewerbe- und Handelslehrer-Befolgungsgesetz

nach den Anträgen der Regierung angenommen. Bericht- erhalter war Abg. Veltzer. Angenommen wird dazu folgender Antrag: Die Regierung wird ersucht, auszuführen, daß, soweit wie möglich, leistungsfähige Amtsver- bandsarbeiten geschaffen werden. Der § 20 der Vorlage wird gestrichen, der lautet: Für die Dauer von zunächst 5 Jahren, beginnend mit dem 1. August 1918, fällt von je drei freien oder freizubehaltenden Schulstellen eine Stelle weg.

Dem Entwurf eines Gesetzes für den Landes- teil Lübeck, betreffend die Verzinsung der juristischen Personen und der Forensen zu den Steuern der evangelischen und der katholischen Kirche, wird auf Antrag des Ausschusses, Berichtserstatter Abg. Dohm, zugestimmt.

Selbständiger Antrag der Abgg. Schulte und Rödler, betreffend

Abänderung des Wandergewerbesteuer- gesetzes.

Angenommen wird folgender Antrag: „Der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgg. Schulte und Rödler dem Staatsministerium als Material überweisen mit dem Ersuchen, dem Landtage im nächsten Jahre einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wandergewerbesteuer- gesetzes im Sinne der Antragsteller vorzulegen.“

Der selbständige Antrag des Abgeordneten Krause über Erleichterung einer

Aufschon- und Hinterlassenen-Versorgungskasse für alle bei dem oldenburgischen Staat beschäftigten Arbeiter und Angestellten wird der Regierung zur Prüfung mit der Maßgabe überwiefen, daß über das Ergebnis dieser Prüfung dem Landtage eine Mitteilung und gegebenenfalls eine entsprechende Vorlage gemacht wird. — Die Abgeordneten Krause (Zog.), Sante (Zent.) und Müller (Rom.) hatten warm für die Beutenen gesprochen.

Der selbständige Antrag Braßko, betr. Vermittlungsfreiheit in den Volksschulen, wird abgelehnt. Die ablehnende Haltung wurde vor allem mit dem Geldmangel begründet, bei der größter Spar-

famkeit zwingt, und es nicht rasch erscheinen lasse, den Gemeinden weitere Kosten aufzuerlegen.

Wahl von vier Mitgliedern der Hauptversammlung der Staatsbank.

Lieberge wählt werden: Direktor Hartong, Delmenhorst, Dr. Schute, Lüdern, Direktor C. Dittlage, Oldenburg.

Bahnbau Sandkrug—Hatten—Munderloh.

Der Ausschuss, Berichtslatter Abg. Schömer, stellt den Antrag: Annahme der Regierungsvorlage, mit der Maßgabe, daß die Beteiligung des Staates an dem Bahnbau nur erfolgen soll, wenn die Beteiligten sich bindend verpflichten, ihre ganze Produktion, soweit sie nicht auf der Achse in der näheren Umgebung abgesetzt wird, auf dieser Bahn befördern, solange das gegenwärtige Verhältnis zwischen sechszehnten Transportkosten und Bahntarif bestehen bleibt, und für diese Verpflichtung auch die genügenden Sicherheiten gewährleisten.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Wiederaufbau des Markstallgebäudes.

Staatsminister Dr. Willers weist darauf hin, daß die Vorlage davon ausgeht, daß die Linoleum-Wirtschaftsstelle Räume in dem Gebäude mieten wird. Die Frage hat nicht genügend geklärt werden können, da der Leiter der Linoleum-Wirtschaftsstelle auf Urlaub ist. Sollte sich wider Erwarten herausstellen, daß sie nicht mehr auf die Räume reflektiert, dann wird sich eine neue Sachlage ergeben. Das Ministerium wird sich dann erneut mit den Vorsitzenden der Fraktionen in Verbindung setzen. Aber ganz unabhängig davon kann dem Antrag unbedenklich zugestimmt werden, da das Arbeitsamt im östlichen Hügel untergebracht werden kann.

Die Vorlage wird angenommen, nur der Abg. Müller (Stom.) widerspricht, da er nicht einwilligen kann, daß das Markstallgebäude wieder aufgebaut wird, während viele Volksgenossen ohne Wohnung sind.

Die Staatsregierung wird erucht, die Mittel für die Beschaffung des Gymnasialbaues in bester möglichst in den nächstjährigen Voranschlag einzuflechten.

Die Eingabe der Arbeitsgemeinschaft Süd-Ostholsteiner Mietervereine, Sig. Curtin, betr. Mieterzuschuss, Wohnungsbau usw., wird der Regierung als Material überwiefen.

Angenommen werden folgende Anträge: Die Staatsregierung wolle eine weitere Forderung des Mieterzuschusses im Landesstil Lübeck vermeiden und jede Einwirkung auf die Gemeinden unterlassen.

Die Staatsregierung wird erucht, die Beschlüsse des Landesausschusses des Landesstils Lübeck, die dahingehen, die Bautätigkeit durch Bereitstellung größerer Mittel zu fördern, zu berücksichtigen.

Die Eingabe des Gewerbeschuldirektors Klücher, Curtin, wird der Regierung zur Prüfung überwiefen.

Die Eingabe des Postkassaführers Rudolf Bach in Essen, betreffend Baubankleihen, wird der Regierung ebenfalls zur Prüfung überwiefen.

Zur Eingabe des Zentralverbandes der Angestellten betreffend

Einsetzung von Anwärtern für den einfachen mittleren Dienst bei den Justiz- und Verwaltungsbehörden wird folgender Antrag angenommen: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu eruchen, bei Freiwerden geeigneter Beamtenstellen, soweit dem gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, Angestellte bei der Besetzung solcher Stellen zu berücksichtigen, im übrigen die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überwiefen.

Die Regierung hat Richtlinien für die Umstellung der Naturalwertrente in Goldmarkrente

für die Zeit vom 1. Mai 1929 bis 30. April 1935 aufgestellt. Dazu hätte der Abgeordnete Wendebach einen selbständigen Antrag eingebracht, der beantragt, die Goldmarkrente nicht höher als die Grundrente festzusetzen. Nach dem Antrag der Regierung soll die Goldmarkrente 115 Proz. der Grundrente betragen, d. h. der Staat erklärt sich bereit, bis zum 30. April 1935 auf denjenigen Betrag der festgesetzten Naturalwertrente zu verzichten, der 115 Prozent der Grundrente übersteigt. Im Ausschuss war auf besonderen Antrag die finanzielle Auswirkung des Antrages geprüft worden. Abg. Wendebach hielt den Ausfall nicht für erheblich, wenn die Goldmarkrente mit 100 Prozent der Grundrente festgesetzt werde. — Staatsminister Dr. Willers erklärte, daß der Ausfall zunächst 30 000 Mark und für das Städtelandsamt 20 000 Mark betragen werde. Sodann sei die Rückwirkung auf die Domänenpächter und Städtelandsämter usw. zu berücksichtigen. Er bat, alle Änderungsanträge abzulehnen.

— Abg. Kaper (Zog.) hatte den Ausfall auf insgesamt 165 000 Mark berechnet. — Abg. Dr. ar. Weilage wunderte sich, daß man, nachdem man eben 300 000 Mark für den Markfall bewilligt habe, nicht einmal 50 000 Mark für die armen Leute übrig habe. — Abg. Haber (Nat.-Zog.) holte sich zwei Ordenskrone, als er das ganze als eine Komödie und Farce usw. bezeichnete.

Ein Antrag von Abgeordneten unter Führung des Abg. Wendebach, der die Regierung eruchte, die Richtlinien nicht zu erlassen, wurde abgelehnt, ebenfalls zwei Zusatzanträge, die Naturalwertrente in Reichsmarkrente umzuwandeln bzw. die Naturalwertrente in Reichsmarkrente umzuwandeln, welche für Städtel der Sozialdemokraten, die Regierung solle prüfen, ob und in welchen Fällen die Grundrente zu hoch bemessen ist und gegebenenfalls für eine erträgliche Beschränkung Sorge tragen, wurden sämtlich abgelehnt, desgleichen ein Antrag der Nationalsozialisten, die Goldmarkrente auf 80 Prozent der Grundrente festzusetzen.

Die Richtlinien wurden dann mit der Änderung angenommen, daß die Goldmarkrente auf 100 Proz. (statt 115)

Zum 15. Jahrestage des Mordes von Serajewo.



Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich mit seiner Gemahlin.

Vor 15 Jahren, am 28. Juni 1914 wurden der österreichische Thronfolger Erzherzog Ferdinand und seine Gemahlin durch den Serben Brinco in Serajewo (Posonien) ermordet. Durch diesen Mord wurde der Krieg zwischen Serbien und Oesterreich und damit der Weltkrieg entzündet.

(Nach einer zeitgenössischen Zeichnung.)

der Grundrente festgesetzt wird, und daß die Umstellung zunächst nur bis zum 30. April 1932 erfolgt.

Die Staatsregierung erucht weiter die Ermächtigung, wie von der Staatlichen Kreditanstalt auszugehenden Darlehen zur Förderung des Wohnungsbau bei Erbbaurechten auch unmittelbar an die Gemeinden zu geben.

Ein selbständiger Antrag des Abg. Fißland (Zog.), das Ministerium möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Anteile des Landes und der Gemeinden an den Reichssteuerern auf Grund des § 35 des Reichsfinanzgesetzes nicht am Schlusse des Jahres, sondern laufend zur Auszahlung kommen, wurde als unbedenklich und deshalb ungesucht für erledigt erklärt.

Schließlich erteilte der Landtag die Ermächtigung zur Aufnahme der Anteile, die sich aus dem Voranschlag ergeben.

Gegen Schluß der Sitzung zog sich der Abg. Rober noch zwei Ordenskrone zu. Auf seine Wiederrede drohte der Präsident schärfere Maßnahmen an.

Schluß der Sitzung um 7.30 Uhr. — Nächste Sitzung Freitagvormittag 10.30 Uhr.

Wegen Umbau auf sämtliche Waren (ausgenommen Staatl. Berlin, Meißn, Kgl. Kopenhagen) **10% Rabatt** **Stöver** Porzellan, Kristall

Central Cafe Morgen, Sonnabend **Prämierung der 4 schönsten Bubiköpfe** Eintritt frei Polizeistunde 3 Uhr

Waldhaus Bloh Sonnabend, den 29. Juni, Anfang 20 Uhr **Gesellschaftsabend** Sonntag, den 30. Juni, Anfang 16 Uhr **Gesellschaftstanz und Gartenkonzert** Es ladet freier Eintritt ein **fr. Trauener**

Im Oldenburger Schuhlager kaufen, heisst für wenig Geld **Elegante Schuhe tragen** **Für die Dame:** Hellfarbige Spangenschuhe, einfarbig u. kombiniert . . . 12.50, 11.50, 10.50 **8.75** Hellfarbige Spangenschuhe, echt Chevreau mit flach. und L.-XV.-Absatz . . . 14.50, 13.50 **12.50** Lack-Spangenschuhe in eleg. u. guter Ausführung . . . 15.50, 13.50, 12.50 **10.50** **Für den Herrn:** Schwarze Halbschuhe in moderner u. guter Ausführung . . . 10,50 **9.75** Braune Halbschuhe, echt Boxkalf und prima Rindbox in Original Goodyear. Welt u. Original Goodyear, gedoppelt . . . 18.50, 16.50, 14.50, 12.50 **11.50** Lack-Halbschuhe, elegante Formen, prima Ausführung . . . 16.50, 14,50 **12.50** **Zu jedem Schuh den passenden Strumpf** Reise-Hausschuhe und Strandschuhe äußerst preiswert **Oldenburger Schuhlager** Lange Straße 85 Rob. Lindner Nachf. Lange Straße 85

REX Konservengläser Einkochapparate Fruchtstapparate **Stöver** Porzellan, Kristall

Achtung! Hausbesitzer! **Arnold Bollhagen, Maler, 8** streicht Ihnen Ihr Haus in Kalt oder in enorm billigen Hochminn. Beratung kostenlos

APOLLO Spielplan vom 28. 6. bis 1. 7.

Looping the Loop Die Todesschleife 8 Akte, mit Werner Kraus, Renne Juug, Wladimir Wald, Siegfried Arno usw. **Der Juxbaron** 6 Akte. — Personen: Reinhold Schünzel, Hermann Vicha, Ernde Dellerberg, Albert Paulis, Edda Blü, Herd Bender usw. **Anfang 4 Uhr, letzte Abendvorst. 8.10 Uhr.** — Zu jeder Nachmittagsvorstellung, außer Sonntags, Eintrittspreise: 1. Platz 50 S., Rang 80 S., Oberris 1 M. **Sonntag, 2 Uhr:** Große Jugendvorstellung. — Rollenliste 1 1/2 Uhr. Preise zur Jugendvorstellung 40 S.

Ausschreibung Die Pfasterarbeiten der Oldenburger Straße, zwischen Wallpladen und Grenze der inneren Stadt, sollen vergeben werden. — Angebote sind bis **Dienstag, den 2. Juli 1929, mittags 12 Uhr,** auf dem Stadtbauamt, Zimmer 6, einzureichen. Die Angebotsformulare und Bedingungen sind daselbst gegen eine Gebühr von 1 M. erhältlich. **Oldenburg, den 27. Juni 1929, Der Stadtmagistrat.**

Grasverkauf in Höven Der Landwirt Gerb. Uffen, daselbst, kauft am **Dienstag, dem 2. Juli 1929, nachmittags 6 Uhr,** **ca. 1 1/2 ha bestes Mähgras** in passenden Abteilungen öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen. **D. Gloghin, amtl. Auktionator, Oldenburg i. O.**

Restauration in Bremen in Sterbedarfs zu vert. Gut, alt. bürg. Geschäft. Letzte Fährta, ohne Spielten für 52 000 M., Auszahlung 12 bis 15 000 M. (400 b. 450 Hektol. Bier). Angebote unter 30 bis 3521 befördert. Rudolf Reiff, Bremen.

Der Blindenverein bietet im Abnahme seiner Waren **am letzten Tage der Markthalle** und um Aufträge an die Geschäftsstelle, **Holenstraße 41, Telefon 2300, Klaviergeschäft G. Barbing.**

Gegen Haarausfall Schuppen, Jucken der Kopfbaut, das atibewährte edle Brennnesselkraut von Hofapotheker G. Gaefer, fein parfümiert, (Klecken mitbringen!) 1/2 Liter 0,75 RM., 1/4 Liter 1,25 RM., Kleinverpackung: Kreuz-Drucke, J. D. Solwey.

Zu verkaufen fast neues **Beidmotorrad** mit Getriebe, Zehnmet, neuer Lampe und Radlager, sehr gut erhalten. Preis 300 M. Nachfr. bei **Hnr. Gieses, Wietfeldstr.-Baum.**

Schöne Ferientage — auch bei schlechtem Wetter

Zehn Minuten Regen — eine Stunde Sonnenschein — erfrischender — köstlicher als der ewig strahlend-blaue Himmel. Versuchen Sie es auch einmal — die Ferien sind eine gute Zeit dafür — die Natur von dieser, Ihrer größten, reizvollsten Seite zu genießen.

Ihre Kleider schützen Sie mit dem Melching-Trench-Coat, den wir für diesen Zweck in 3 Ausführungen bringen.

1. mit Aermelfutter
2. mit Plaidfutter und Oeltuchelnahe
3. mit Plaidfutter und ausknöpfb. Gummibatist-Futter.

Wenn Sie sich unsere Trench-Coats ansehen, zeigen wir Ihnen auch die neuen Sportmäntel aus feinen, imprägnierten Stoffen — flotte Gummi-Mäntel haben wir ebenfalls gerade neu hereinbekommen.



ein Geschäft für bessere Damenkonfektion und gute Stoffe • Lange Str. 60, Ecke Gaststr.

Immobilienverkauf

Wohnst. Die Erben des welt. Amtsboten, des kgl. Bauwirts Joh. Friedr. Bruns, daselbst, lassen erbschaftshalber den gesamten Nachlass ihres Erbalters gehörigen

Grundbesitz

1. den in bestem Zustande sich befindenden Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, zst. von Wrens bewohnt, mit 1,222 Hektar (2 1/2 Sch.-Z.) besten Garten- u. Weidelandereien;
2. den fast neuen, ebenfalls in bestem Zustande sich befindenden Wohn- u. Wirtschaftsgebäuden — schön. Kintzerbau — zst. von Wrens bewohnt, mit 1,282 Hektar (19 Sch.-Z.) Garten- und Weidelandereien;
3. die Weide, sog. „Dieffamp“, groß 0,5303 Hektar, rechl. 1 Jüd.;
4. die Weide, sog. „Fettertrugstump“, arb. 2,2256 Hektar = 5 Jüd.;
5. die Weide, sog. „Ehnhörner Weiden“, groß 2,0281 Hektar = 4 1/2 Jüd.;
6. das Grünland in Sprengmoor, groß 2,9574 Hektar = 6 1/2 Jüd.

Öffentl. meistbietend mit Eintritt auf 1. Mai 1. 3. bzw. Herbst d. 3., zu verkaufen.

Letzter und letzter Verkaufstermin: **Sonnabend, den 6. Juli d. 3.,** nachmittags 5 Uhr,

im Fettertrug (G. Sedemann), Wohnst. Bei den beiden Wohnhäusern, best geeignet als Ruhefuge, gelangen zum Verkauf mehr oder weniger Ländereien zum Verkaufsaussage. Die Ländereien sind bestenfalls in ein sehr gutem Kulturzustande.

In diesem letzten Verkaufstermine sollen sich irgend annehmbares Gebot Zuzugang und Beurkundung erfolgen.

Nadorff. D. G. Dierks, amtl. Aukt.

Die Erben des Gastwirts Friedrich Eilermann in Delmenhorst lassen erbschaftshalber die an der Bitterfuhdstraße Nr. 6 und an der Appelfstraße belegene

Besitzung

worin seit langen Jahren eine gutgehende Gastwirtschaft und Fahrradhandlung betrieben wird, am

Mittwoch, dem 3. Juli 1929,

nachmittags 5 Uhr, in Wichmanns Hotel, Bahnhofstraße, zum öffentlich meistbietenden Verkauf bringen. Auskunft erteilt vor dem Termine Auktionator Ad. Vandeweer, Delmenhorst, Lange Straße Nr. 87.

H. Menkens, amtl. Aukt.

Gras- u. Fruchtverkauf

Wiesfeld, Land- und Gastwirt Ghr. Clausen in Nüttel läßt am

Mittwoch, dem 10. Juli d. 3.,

nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Wiese in Hofel beginnend:

- 6 Jüd. beständenes Gras (Rubben), auf dem Breen,
- 30 Sch.-S. allerbesten Roggen und Hafer

in Abteilungen auf Zahlungsfrist verkauft. Anschließend kommt in Clausen's Gasthaus: 1. die in Hofel belegene Wiese, groß 6 Jüd. 2. das auf dem Breen belegene Weideland, groß etwa 30 Scheffelland, auf mehrere Jahre zur Verpachtung.

Gerhard Eilers, amtl. Auktionator.

Landstellen-Verkauf

Zum Verkauf der Landstelle der Frau Wwe. Lehmann zu Jaderkreuzmoor, mit Eintritt zum 1. Mai 1930, ist dritter und letzter öffentlicher Verkaufstermin auf

Freitag, den 5. Juli d. 3., nachmittags 5 Uhr,

in Heinrich Dabelfs Gastwirtschaft zu Jaderkreuzmoor anberaumen.

Zum Verkauf kommen:

1. Die zu Jaderkreuzmoor belegene Landstelle mit 4,12,04 Hektar Grün- u. Ackerlandereien und den darauf befindlichen Gebäuden.
2. Das am Seeufer belegene Weideland, groß 1,09,84 Hektar (hierfür sind geboten 2000 RM.).
3. Das Dorfmoor (teils kultiviert) zu Seehdermoor, gelegen, zur Größe von 1,07,13 Hektar.

Beurkundung und Verkauf sollen in diesem Termine bestimmt stattfinden. Jede gewünschte Auskunft erteilt G. Gattermann, Aukt., Jaderberg i. C.

Kaufinteressenten laden ein H. Stehmann, amtl. Auktionator Schwelburg.

Preise herabgesetzt

Motorrad-Lampen

von M. 5.- an, 18.-, 20.-, 25.-, 26.-

Messing vernickelt

Fahrad-Lampen, Messing vernickelt, von M. 3.-, 4.30, 4.50, 5.-

Rücklichte 50 Pf.

Rad-Munderloch

Zum Besten greif

Trink Erlanger Reif!

im

Erlanger Spezialauschank

Heute, Freitag, Ende 3 Uhr

A. Bodendick

Gleichzeitig empfehle meine Siphons, Kannen und Flaschenbier, stets frisch abgefüllt, frei Haus — Telefon 244

Zum roten Hause

Gespelke den gebrühten Vereinen mein Saal u. Gartenlokal, Spielwiese und Karussell vorhanden

2. Schwarting Wwe.

Coersten



Schützen-Verein

Am Sonntag, dem 30. 6. 29, versammeln sich die Schützenbrüder um 11.30 Uhr im Vereinslokal (Sch. Böse), zur Teilnahme am

Ausmarsch

des Oldenburger Schützenvereins. Der Hauptmann.

Schützen-Verein

Zur Teilnahme an dem

Oldenburger Schützenfest

versammeln sich die Mitglieder a. Sonntag, dem 30. Juni, vormittags 11 1/2 U. im Vereinslokal. Der Hauptmann.

Turnverein Ohmstedde

Deute 7 1/2 Uhr Abfahrt mit Stad zur Profetverlammlg. Der Turnrat.

Wall-Licht

Anfang täglich 4 Uhr. Sonntag 3 Uhr. Tagl. außer Sonntag v. 4-5 1/2 Uhr ermäß. Preise. Parteit 50 Pf.

Kachlabe auf Kachlabe erübt bei dem lustigsten Film der Gegenwart

Pat und Patachon

in

Die lustigen Bagabunden

Eine Geschichte von junger Liebe und alten Taten

Erika-Wochenschau

Tom Mix in

Cowboy und Zirkuskind

Ein Film mit atemberaubenden Sentationen, Dressuren usw.

Nord-Licht

Anfang Sonnabend 7 Uhr Sonntag 5 1/2 Uhr

1. Paul Wegener, Anita Dorris, André Vattoni, Hans Brausewetter, Paul Biensfeldt und Herm. Bieha in

Svengali

7 Akte frei nach dem Roman „Trilby“

Ufa-Wochenschau

Heut' spielt der Strauß

Das Liebesleben des Kaiserkönigs, der sein Leid in Melodien verliermen läßt. Wiener Melodien von unvergleichlichem Sauber durchfallenden Film

Am Sonntag in beiden Theatern:

Große Extra-Jugendvorstellung

Nachtlicht 2 Uhr Wunderburg 3 Uhr

Im Wittekind

-Saal am Sonnabend, dem 29. Juni

Abschiedsfeier

für die Künstler des Oldenburger Landes-Theaters die Herren Franz Eckardt und Josef Lex

Allen Freunden dieser Künstler wird hiermit Gelegenheit gegeben, einige frohe Stunden bei Sang, Frohsinn und Tanz mit denselben zu erleben. In diesem Abend dürfen Sie nicht fehlen. Wir laden Sie herzlichst ein Die Veranstalter

Tischbestellungen erbeten / Fernsprecher 1300 / Eintritt einschließlich Garderobe 1 50 Mk. / Verlang. Polizeistunde

Sonntagvormittag von 11 1/2 Uhr Früh-Konzert Nachmittags Familien-Konzert Abends Konzert mit Tanz einlagen

Prüfet alles und kauft zu den ganz niedrig geleitzten Einheitspreisen

12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Schaufenster beachten!

Schuhhaus G. Liers

Lange Str. 34

Kleinkaliber-preisschießen

des

K. K. S. Findenburg von 1926

Oldenburg i. C., bis zum Sonntag, dem 30. Juni 1929, verlängert. Schießstand Gevertien. Nachmittags 1 Uhr bis Dunkelwerden. Wertvolle Geld-, Silber- und Gedenkpreise Freibad, aufgelegt, Seebad.

HUDE

Am Sonntag, dem 30. Juni 1929

Kleiner Ball

Flotte Musik

Der Vorstand. Es ladet freundlichst ein Carl Wachendorf

3. Beilage

zu Nr. 172 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Freitag, dem 28. Juni 1929

Vom Arbeitsmarkt.

Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Niederachsen ist eine wesentliche Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse nicht eingetreten. Die bisher noch ziemlich befriedigende Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes läßt aufeinander abmäglich nach. Die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger fiel von 29935 auf 29397. In Prozenten ausgedrückt, verringerte sich die Ziffer der Arbeitsuchenden nur um 0,8 Prozent gegen 1,7 Prozent in der vorigen Woche. Diese schwache Abnahme der Ziffer der Arbeitsuchenden ist insbesondere auf das starke Nachlassen der Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft und Landwirtschaft zurückzuführen. Ferner ist in dem Bekleidungsgebiete ein starkes Anschwellen der Arbeitsuchenden Ziffer eingetreten. Besser hat sich der Arbeitsmarkt für das Baugewerbe entwickelt, während trotz harter Anforderungen von Geschäftsträgern für in Urlaub befindliches Büropersonal die Zahlen der erwerblosen Handels- und Büroangestellten wieder gestiegen sind.

Zeitgemäße Betrachtungen aus dem Landesteil Lübeck.

Der „kleine Bruder“ und seine Zukunft.

Wie lange wird man sich in Oldenburg noch für den „kleinen Bruder“ interessieren? Als vor etlichen Jahren die sogenannte Anschlussfrage von Lübeck aus ins Leben gerufen wurde, und die schleswig-holsteinische Konturrenz dann das Feuer der Begeisterung für die Ost- und Oldenburg-Bewegung noch mehr entfachte, hielt der damalige Ministerpräsident es für geboten, durch persönliche Eingreifen den staats-treuen Oldenburgern unseres Landes den Mut zu einer tatkräftigen Abwehr der Lösungsbestrebungen wirksam zu stärken. Ramentlich fand die anfängliche Begeisterung für den Anschluss an Lübeck, der von der Sozialdemokratie des südlichen Teils propagiert wurde, schnell ein unruhiges Ende. Man wollte sich nicht lediglich zum Augen der in Lübeck beschäftigten Arbeiter mit einem feineren, wirtschaftlich schwachen Staat verbinden, zumal bei ruhiger Ueberlegung die Erringung eines „Grenzstaats“ gegen den Landesteil Lübeck als den eigenen Interessen Lübeds zuwiderlaufend erkannt wurde.

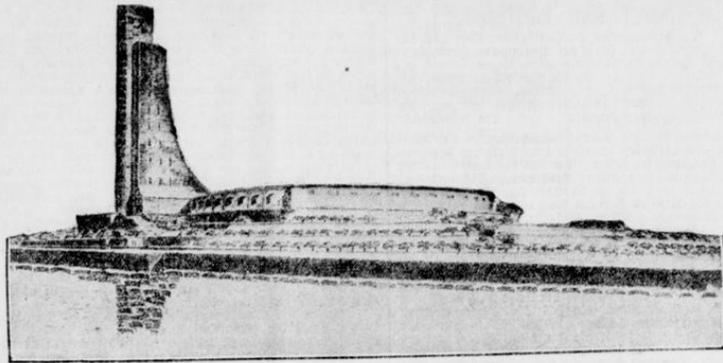
Seitdem nun aber die Einheitsstaatsbewegung mit dem Schlagwort „gegen die Kleinstaaterei“ ins Leben gerufen wurde, ist unverkennbar ein größeres Interesse für die Anschlussfrage lebendig geworden, nicht etwa durch den in jener Bewegung enthaltenen Gedanken nationaler Kräftigung durch Ausschaltung wirklicher oder angenommener dirigierender Bestrebungen, die bei dem Föderativsystem, das auch die Weimarer Reichsverfassung beibehalten hat, unzweifelhaft möglich sind, sondern meist aus einem kleinlichen persönlichen Wirtschaftsinteresse. Man nimmt an, daß egoistische Vorteile durch den Anschluss an Preußen gewährleistet würden.

Als im vorigen Jahre die Kirche einen höheren Staatszuschuss erforderte, drohte man unruhig mit dem Anschluss an Preußen, wenn die gewünschte Verwendung verweigert werden sollte. Beamten und Lehrer haben sich bisher noch nicht öffentlich zu dem nobilitierenden Gedanken einer besseren Förderungsmaßnahme in einem großen Staatskörper bekennt. Es ist aber nicht zu leugnen, daß strebende Kräfte, wie früher, so heute noch mehr, rechtzeitig, d. h. bei noch nicht zu weit vorgeschrittenem Dienstalter, in einen größeren Staatsdienst zu gelangen suchen, und daß ältere ihre Enttäuschung über unterlassene Förderung nicht gerade in größere Diensttreue und Anhänglichkeit an den Staat umlegen. Ein Hinweis auf die im letzten Jahrzehnt eingeführte Methode, für die Beförderung zum Schulleiter ein Höchstalter festzusetzen, sagt sich diesem Gedankengange ein, um so mehr, wenn man beachtet, daß eine verhältnismäßig große Zahl von Lehrern, die in erster Linie berufen sind, staatsreife Geister zu pflegen, durch diese Schulverwaltungspraxis verdrängt und untauglich gemacht wird.

Aus den Kreisen der Wirtschaft, z. B. dem Handwerkerstand, vernahm man Unzufriedenheit mit der Wohnungswirtschaft. In Preußen werde durch eine bessere Verordnung der Bauvorschriften das Baunehmen mehr gefördert als im Landesteil Lübeck. Anlosgesellen sind 100 000 M. mehr als Hausbauzuschüsse in den Etat des Landesverbandes eingeplant worden. Das Bauhandwerk wird aber damit nicht befriedigt sein, weil das Geld für den Bau von Mietshausbauten hergegeben wird. In Preußen ist das auch nicht anders; — aber die Unzufriedenen sind unglücklich!

Ein Herz der Unzufriedenheit

aber ist seit kurzem am Sirande, in den Ofenbädern, neu entstandene Letzte Veranlassung dazu ist die mit „sanftem Prud“ der Regierung erbaute Wasserleitung mit Kanalisation in Riensdorf, Zimmendorferstrand und Scharbeub, die die Grundbesitzer sehr schwer belastet und bisher noch nicht den Anschein einer erhöhten Rentabilität des Ackerbetriebs erweckt. In einer Zeit allgemeiner wirtschaftlicher Depression können unmöglich die Preise gesteigert werden; die Folge ist eine Abnahme der Frequenz. Die Wäber erhoffen eine Erleichterung ihrer Schuldenlast, die ihnen Oldenburg nicht gewährleisten kann, von Preußen — man spricht schon von bestimmten Verhandlungsergebnissen! — und dazu glaubt man bestimmt an eine Zuweisung der ganzen Einnahme aus der Kuratie an die Kreisgenossenschaften. In den so ge-



Das deutsche Marine-Ehrenmal Laboe bei Kiel.

Gezeichnet: Wilhelm Wagner, Kielhafen

An der Kieler Förde, unweit des Ofenbades Laboe, stand während des Krieges ein moderner Panzerturm, der mit zwei gemauerten Geschützen die Zufahrt zum Kieler Hafen beherrschte. Jede Umäherung feindlicher Streitkräfte an den Hauptstützpunkt der deutschen Flotte war ausgeschlossen, solange die wackeren Matrosenartilleristen ihre treue Wacht hielten. Dieser Turm ist dem Friedenswillen von Versailles zum Opfer gefallen und an seiner Stelle flacht jetzt ein häßliches Loch aber soll in einen Weisheitsaal umgewandelt werden, der durch seine künstlerische Ausstattung jeden Besucher zur Andacht und inneren Sammlung führt.

Bereits ist der Grundstein in feierlicher Weise gelegt. Admiral Scheer, der leider so früh verorbene ruhmvolle Führer in der Schlacht von Jütland, hat dabei die drei ersten Hammerschläge getan. Aus den Reihen der Marinevereine sind so viele Mittel aufgebracht worden, daß im Frühjahr des Jahres mit dem Bau begonnen werden kann. Aber ohne die tätige Mithilfe weiterer Volksgenossen ist es nicht möglich, das große Werk so zu Ende zu führen, wie es geplant ist. An alle, die es als Ehrenpflicht des deutschen Volkes erachten, das Andenken der im Kriege Gefallenen durch ein würdiges Zeichen der Dankbarkeit zu ehren, ergeht daher die Bitte, den Bund zu unterstützen.

Die Geschäftsstelle der „Nachrichten“ nimmt gern Spenden entgegen, die sie an das Ehrenmal-Konto abführen wird.

Sonnwendfeier des Stahlhelm.

Trotz des wenig freundlichen, kühlen Wetters hatte die Sonnwendfeier des Stahlhelm, Kreisgruppe Oldenburg, und der Frauengruppe des Stahlhelm am Mittwochabend beim „Drögen Garten“ in Beckley sich eines recht guten Besuchs aus allen Kreisen der Bevölkerung zu erfreuen. Im Park, zu Lab, in Kraftfahrzeugen und mit dem besonders für den Abend eingelegten Kandelverkehr der Vorortbahn strömten die Besucher hinaus. Im Garten der Wirtschaft, vor der großen, schönen Vorhalle, hatten die Stahlhelmlaute den gewaltigen Holzstuh für das Sonnwendfeuer aufgestellt. In weitem Umfange umfanden die Zuschauer bald den Holzstuh.

Die Jungfrau-Kapelle mit ihrem Spielmannszug unter Leitung der Herren Gustav Giesecke und G. Meyer leitete mit einem statt gespielten Marsch die Feier ein. Alsdann sprach Verbandsanwalt Brenning mit laut vernehmbarer, feiner Stimme einige kurze, kernige Sätze, in denen er die Sonnwendfeier aus germanischer Vorzeit verlich mit dem Schenken und Hoffen heutiger vaterländisch gesinnter Deutscher nach einem Wiedererleben des Vaterlandes zu neuer, sonniger Blüte. Als der Redner mit seinem abschließenden Flammenspruch das Zeichen zum Anzünden des Holzstuhes gab und knirschend und prächtig die Lohle entzündet, ertönte ringsum lebhaftester Beifall. Während die Musik von neuem einsetzte, schlüpfte eine Schaar lieblich anzusehender Frauen in weißen, wallenden Schleiergewändern in den Kreis; ihnen folgte ein grimmiger Jodelruf. Und nun begann ein lustiges Tanz- und Singspiel der Frauen mit dem läppischen Vären. Natürlich unterlag der jottige Wursche den festen Redereien des führenden Offiziers, das er zur Strafe auf dem Hüden davontragen mußte.

Den Beifall der Zuschauer hatten die hohen Mädchenfinder sich reichlich verdient. Schade, daß der heftige Wind die Worte des Singspiels allzu sehr verflüchtete! Nach einem weiteren Musikstück hielt die Führerin der Stahlhelm-Frauengruppe, Frau Lindner, eine zu Herzen gehende Ansprache, in der sie den Wunsch und Willen der Stahlhelmlaute, dem fürs Vaterland ringenden Mann eine treue Helferin zu sein, prächtig zum Ausdruck brachte. (Leb. Beif.) Um den zusammenstehenden, aber noch immer hell flammenden Holzstuh tanzten dann Mitglieder des Jungfrauenbundes und der Jungmädchengruppe des Frauenbundes lachend den Jententanz, während ein leiserer Anblick! Mit einem flotten Schlußmarsch und dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes endete die schöne, eindrucksvolle Sonnwendfeier.

namten notleidenden Gemeinden, wozu auch Gütin gehört, glaubt man vielfach durch preussische Staatszugehörigkeit Erleichterungen zu bekommen, die wiederum Oldenburg nicht gewähren könne. Auch das ist zwar ein Irrtum; der Herr Finanzminister hat darin recht; aber wer weiß es denn, daß z. B. die Hauszinssteuer in Preußen erheblich höher ist als im Landesteil Lübeck? Wenn hier auch diese Steuer — neben andern! — in der Höhe veranlagt würde wie in Preußen, dann wäre für die nächsten Jahre keine Finanznot in den Gemeindefassen vorhanden, freilich auch nach den bekannten Erfahrungen keine sparsame Wirtschaft, und daher bald wieder die Frage vor liege; der Staat läßt die Gemeinden im Stich! Von Seiten der Steuerzahler in der Gemeinde kommen solche Klagen nicht. Diese Kreise werden auch nicht für eine Trennung von Oldenburg zu haben sein, wenn ihnen die nötige Aufführung gegeben wird. Die organisierte Landwirtschaft sowie der Hausbesitz bilden aber nicht die Mehrheit der Stimmberechtigten, wenn es wegen des Anschlusses zur Abstimmung kommen sollte. Schwerwiegend ist, daß die Sozialdemokratische Partei, die früher in dieser Frage uneinig war, den Beschluß gefaßt hat, ihre Gunst nunmehr ungeteilt Preußen zuzuwenden. Wenn zu dieser sonderbaren Waise jene unzufriedenen Kreise des Bürgerturns stoßen, so sinkt die Waage bedenklich zu ungunsten Oldenburgs, ganz besonders aber dann, wenn mit der Abstimmung gewartet wird, bis das Reichsfinanzereidmittlungs-gesetz angenommen ist. Die Vorbereitungen zur Förderung der Anschlussfrage werden vorläufig geheim geführt. Man weiß aber, daß die große Bedeutung für die Bewegung sind die Beschlüsse des Landtages zum Gesetz über den Finanzaußgleich. Es wird auch nötig, daß von autoritativer Seite die hier geäußerte verbreitete Annahme, Oldenburg lege kein großes Gewicht auf die Zugehörigkeit des Landesteils Lübeck, zerstückt wird. So trübt eine solche Annahme ist, findet sie doch viele Anhänger, weil man meint, Oldenburg sehe der Finanznot der Gemeinden ratlos gegenüber und würde sich gerne von der Sorge um die Zukunft befreien. Dabei wird, mit Absicht oder aus Unkenntnis, übersehen, daß die Finanznot der Gemeinden eine allgemeine Erscheinung ist, die auf die soziale und Steuererhebung der Neuzeit zurückzuführen ist.

Jedenfalls muß gelangt werden, daß die Unsicherheit über unsere staatliche Zukunft bedenklich im Wachsen ist. Eine fatalistische Stimmung, die gebanntes davon aussagt, daß „Entwicklungen sich nicht aufhalten lassen“, ist natürlich nicht geeignet, staatsbürgerliches Selbstbewußtsein zu erhalten. F. Bok.

In den ersten zehn Jahren

sollte jede Mutter ihr Kind ausschließlich mit der reinen, milden

NIVEA-KINDERSEIFE

waschen und baden. Das Kind wird es ihr einst danken, weil ihm dadurch später manche Sorge um die Erhaltung seines guten Teints erspart bleibt. Nivea-Kinderseife ist überliefert und nach ärztlicher Vorschrift besonders für die empfindliche Haut der Kinder hergestellt.

Sonnengebräunte, gesunde Haut

wollen Sie doch haben. Drum reiben Sie Ihren Körper mit

NIVEA-CREME

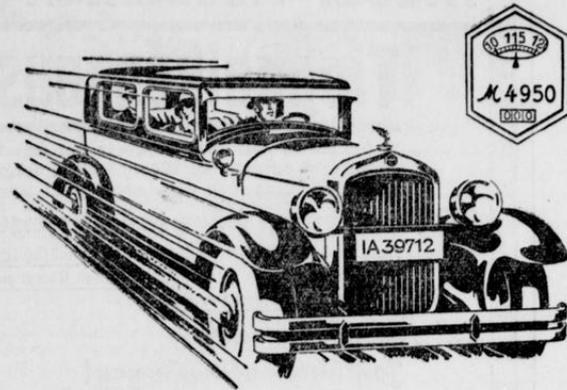
ein. Und dann hinaus ins Freie, in Luft und Sonne. Nivea-Creme verstärkt die bräunende Wirkung der Sonnenstrahlen, sie vermindert die Gefahr schmerzhaften Sonnenbrandes. Aber trocken muß Ihr Körper sein. Sie dürfen ihn niemals nach den Sonnenstrahlen aussetzen. Und immer vorher einreiben!

Nur Nivea-Creme enthält das hautpflegende Eucerin, und darauf beruht ihre einzigartige Wirkung.

Dosen RM. 0,20, 0,30, 0,60 u. 1,20
Keine Zusatzstoffe!
RM. 0,60 u. 1,00

Wo kaufe ich meine Oberhemden, Kragen, Krawatten, Socken, Unterzeuge? In **Kirchhoffs Herrenwäschegeschäft, Sfaustraße**

Was Kraftreserve bedeutet



Höchstgeschwindigkeiten stehen sehr häufig auf dem Papier - besonders wenn es sich um kleine Wagen handelt, bei denen selbst eine normale Geschwindigkeit nur zu erzielen ist, wenn die Maschine mit der höchsten Tourenzahl läuft. Der erfahrene Automobilfreund kauft nur einen Wagen, dessen Motor auch bei Fernfahrten nur mit einem Bruchteil seiner Kraft beansprucht wird; denn dauernde Höchstbeanspruchung ruiniert jeden Motor mit absoluter Sicherheit.



Von der Schönheit und Gediegenheit des Essex Super-Six kann sich jeder auf den Straßen leicht überzeugen. Wer aber die Elastizität und die wunderbare Leistung des Super-Six-Motors kennenlernen will, muß im Essex gefahren sein. Sprechen Sie mit unserem Händler und vereinbaren Sie unverbindlich eine Probefahrt. Illustrierter Katalog kostenlos

Sieben Modelle von **M 4950** an. 10/50 PS, 6 Cyl.
Preise ab Werk Spandau

ESSEX SUPER SIX WELTBEWÄHRT

Oldenburg: Joh. Hinrichs, Nadorster Straße 118. Teleph. 1160
Rüstringen: Hans Schönfeld, Genossenschaftsstr. 103. Teleph. 1430

Auktion in Petersfehn

Hoch. Kaufmann Karl Garmis i. Petersfehn läßt wegen Aufgabe des Geschäftes am

Montag, dem 1. Juli d. J.,

nachmittags 3 1/2 Uhr anfangend, in und bei seinem Hause öffentlich meistbietend auf lange Zeitfrist durch mich verkaufen:

- 1 2jährige Rindquene,
- 1 1jähriges Kuhkind,
- 2 hochtragende Sauen,
- 6 Läuferschweine, 4 Mon. alt,
- 5 Ferkel, alsdann 9 Boden, alt,
- 4 Sch.-S. gutbelegtes Mähgras,

ferner: 1 fast neuen Rollwagen, Tragkraft 1300 kg., 1 Schweinewagen, 1 Wagenkasten, 3,60 Mtr. lang u. 2,90 Mtr. breit, ganz neu, 1 Gabel, 1 Pflug, 1 Einpflücker- und 1 Zweifflücker, 1 fast neuen Schweinekasten, 1 Brühl u. 1 Mähdrescher, 2 Mischel, 1 Kartoffelauflader, 40 Rollen Stacheldraht, 1 Dreirad, 1 f. Kompt. Pflanz. ar. Einfuhrtraktor mit 2 H. Seitenroten, gut erhalten.

sowie: 1 neuen Bürra. Kleberstrahl, 2 Fische, 4 Stühle, 1 Regulator, 1 Blumenkürbe, 1 fast neuer Zehndr. 80 Cld. ersäuernden Erped und was sich sonst befindet.

Kaufliebhaber laden freundlich ein
Herm. Oeltjen, Auktionator.

Carl Schmiebmeier v. Oßen in Renswege will seine daleibt an der Hauptkaufbe belegene moderne

Schmiede

mit vollständigen Inventar und Wohnung mit baldmöglichstem Antritt

verpachten
Sichere Ertrags. Nähere Auskunft erteilt
G. Caffe, amtl. Aukt.

Privat- Auktions- Anzeige

**770
2580**

Hautjucken

(Straße) d. Schwitzen und in der Bettwäsche befindet sich ein Insekt, wird in kürzester Zeit radikal beseitigt, die verübte, nicht schmutzige, geruchlose, vorantim. ge-schäftige Dermatogen-Emulsion, Oriola ver-bürgt, auch wenn and. Mittel ver-sagt haben. Viele Dank-sagen, Personen-zahl angeben. Ver-sand u. Nachnahme.

Apothek. Nr. 1 in Ouelgüne (Old.)

Die modernen

Würger

in allen Belangen besonders preiswert.

**Putz-
Gehäuse**

Küsterstraße 61

Die Kartoffeln.
Besten
Eitel Weening,
Telephon 1510.

Nachlaß-Auktion

Am Sonntag, dem 29. d. M. nachm. 2 Uhr, verkaufe ich öffentlich meistbietend im Hause

Cloppenburg Str. 82
gegen Barzahlung folgende Nachlaß-gegenstände:

- 1 Sofa, 3 Stühle, 1 Kommode, 1 Bettsofa, 4 Stühle, 1 Nähmaschine, 2 Kleiderkästen, 2 wolle. Betten, 2 Bettstellen u. Matratzen, 3 elektr. Lampen, 4 Nach Gardinen, Bett-, Tisch- und Handtücher, Küchenge- räte, 1 Paar neue Hauschuhe, 1 Sittinanne, 1 neue Stad-Laterne, 1 weiches Fell, 1 Selbstbahn, 1 Schloß, 1 Wäschekorb, viele Küchen- geräte, Porzellan, Teiler, Zäpfen, Messer, Gabeln, gute Kleidungs- u. Wäscheartikel, 1 silb. Zeichenuhr, 1 gold. u. 1 silb. Brosche usw., alles gute Sachen; auch habe der Verstor- ret Gartenfrüchte, als: Kartoffeln, Gurken, Bohnen usw.; ferner: 1 Gasbeerd mit Tisch.

J. H. Behnke, amtl. Auktionator, Zwerterstraße 34.

Sommersprossen

auch in d. barinacht. Fällen, werden in einig. Tagen unter Garantie durch d. edige unabh. Zeitschriften-mittel, **Weser** Stärke 3 beseitigt. Keine Schulfar. Preis Mk. 2,75. Nur zu haben bei **Parfümerie Wilhelm Vase**

An Wiederverkäufer:

**Zigaretten
Zigarren
Tabake**

Friedrich Krüger

Damm 16 Oldenburg Markt 7
Nadorster Straße 2 Bremer Straße 24

Nadorster Hof Junggesellenklub Lustige Brüder Nadorst

Am Sonntag, dem 30. Juni 1929
Großer Sommernachtsball
verbunden mit
**Lampion-Polonaise, Blumen-
schießen und Scherzstangen**
Stimmung - Humor - - Anfang 10 Uhr
Verlängerte Polizeitunde
Der Vergnügungs-ausschuss
Georg Würdemann

Schützenfest in Metjendorf am

**Sonntag, dem 30. Juni
und Montag, dem 1. Juli**
Stimmung und Tana an beiden Tagen
bis 3 Uhr
Su zahlreichem Besuch ladet freundlich ein
Der Festausschuss

Munderloh Großes Keglerfest

Am Sonntag, dem 7. Juli 1929
Total-, Becher- und Medaillenfesten
Konzert und Ball
Am guten Besuch bitten
Der Vorstand W. Weiers

Geschäftsübernahme

Den geehrten Einwohnern von Oldenburg und Umgegend hiermit zur gefl. Kenntnis, daß ich das altbekannte

Hotel und Restaurant Jeverländischer Hof

Bahnhofstraße 8 (Chr. Bessecke)
übernommen habe, Meinen werten Gästen sichere ich reelle u. fachmännische Bedienung mit dem Besten, was Keller und Küche zu bieten vermögen, zu, bei mäßiger Preisberechnung. - Zu der am Sonntag, dem 29. d. M., in renovierten Räumen stattfindenden

Eröffnungsfeier

Anfang 20 Uhr Ende 3 Uhr
lade ich besonders ein und bitte um regen Zuspruch
Edo Saathoff

Fremdenzimmer, Vereinszimmer, Gastzimmer, Stehhalle, Frühstückstube, Mittagstisch

Odeon Odeon

Morgen, Sonntags

Großer Ball

vom Klub „Einigkeit“
Anfang 8 Uhr Ende 3 Uhr
Der Vorstand **W. Lohs**

Odeon Odeon



Rücksicht
auf Ihre Wünsche

können Sie bei Ihren Einkäufen verlangen.

Wenn Sie farbige Stoffe und Garne aus Baumwolle, Kunstseide und Leinen kaufen, dann sagen Sie stets ausdrücklich, daß Sie Waren haben wollen, die das bekannte Indanthren-Etikett tragen.

Ein gutgeleitetes Textilgeschäft kann Ihnen diesen Wunsch leicht erfüllen; es bevorzugt heute indanthrenfarbige Waren, weil sie unübertroffen waschecht, lichtecht und wetterecht sind und dadurch beiden Teilen unliebsame Reklamationen erspart bleiben.



Wozu diese Verschwendung?

Millionen von Rasierklingen werden jährlich verschwendet, weil Rasierapparate verwendet werden, die nicht gleichzeitig auch Abziehapparate sind. Es gibt einen Sicherheits-Rasierapparat — aber nur einen —, der seine Klinge selbst abzieht, ohne lästiges Herausnehmen. Dieser kombinierte Rasierer- und Abziehapparat heißt „VALET“. Seine Klingle bleiben 15 mal solange scharf wie andere. Alle die „VALET“-Rasierapparate benutzen, sind sich darüber einig, daß der „VALET“-Apparat mit der Verschwendung von Klingle aufräumt.

Luxus-Modell RM. 20.—

Populäre Modelle zu RM. 3.—, 5.— u. 7.50

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

“VALET”
Auto-Strop
Sicherheits-Rasierapparat

“VALET” AUTOSTROP G.M.B.H.
BERLIN SW 48 WILHELMSTR. 106

Gras-Verkauf

Blod. Gaudmann Aug. Stolle in Vorbeck
läßt am

Dienstag, dem 9. Juli 1929
nachm. 4 Uhr anhd.

auf seinen Rändereien in Weiterholtsfelde,
nahe der Biederstation Dövelsboop, in der
Lsg. „Bintel“

ca. 15 Stück

gut besetztes Mähgras

allerbestes Kuhheu

garantiert du woch frei

in passenden Abteilungen
auf lange Zahlungsfrist durch mich verkaufen
Kaufliebhaber ladet freundlich ein

Herm. Deltien, Auktionator.

Täglich frischer
**Burgdorfer
Spargel**
Salle, Goststraße

Vosgerau
repariert
Fahrräder,
Motorräder
bügelt,
schnell und gut.
Abholung und
Zurückführung gratis.
Fahrräder pugeln
und Sien 1. H.
Telephon 1039.

Gras-Verkauf

Großenmeer. Geschwister Dreese
lassen auf ihrer Land-

stelle zu Sublen
Sonnabend, 29. Juni
nachmittags 5 Uhr

ca. 12 Stück

gut besetztes Mähgras

auf dem Moor und vor der Subler Straße
in Abteilungen

öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist ver-

kaufen.
Haake & Schmidt, Aukt.

Melke mit Alfa oder mit Viola



Mit der Maschine melk ich gern und ohne Mühe.
ALFA-LAVAI-SEPARATOR 8½
BERLIN NW 40 200
Oboeritzer Str.

Bestraugte Alfa-Vertretung:
Georg Grashorn, Bad Zwischenahn, Oldbg.

In unsere Geschäftsräume befinden
sich ab 1. Juni

Burgstraße 24
Kauf von Eisen, Metal-

len, Lampen usw.
S. J. Ballin & Co.
Hauptproduktengroßhandlung — Telephon 70

Nicht grübeln

„Abmühen und die Nerven überreizen, wenn mangelnde
Konzentration die Arbeit unproduktiv macht.“
2-3 Tabletten Kola Dallmann beseitigen binnen wenigen
Minuten jegliches Gefühl der Abspannung, geben einen
ruhigen, klaren Geist und fördern die Gedankenarbeit.
In Stunden höchster geistiger Anstrengung ist Kola Dall-
mann eine nie versagende Quelle der
Belebung und Inspiration.

KOLA DALLMANN

Schachtel Mk. 1.— in Apotheken und Drogerien erhältlich. Achten
Sie auf den Namen „Dallmann“, es existieren Nachahmungen.

Möbel-Ausstellung

Tipphoikenhaus

In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat unsere
große, reich ausgestattete Möbelabteilung neben
erheblichen Mengen an Einzelmöbeln weit über

100 Zimmer einmöblirt an einem Tag!

Auch in dieser Abteilung führen wir grundsätzlich
nur die erstklassig verarbeitete solide Ware zu
anerkannt niedrigen Preisen.

Eulogyanbrennmannta
Zoflinoyberkinginyan!

Verkauf an alle, ohne irgendwelchen Mitgliedszwang!

Keine Anzahlung! 1. Rate fällig am 1. August 1929!

Bei Barzahlung Rückvergütungsmarken

Nur einige Beispiele:

Küchen 165⁰⁰
nordische Kiefer oder
Carolinapine, naturf. u.
weiß lack. 235, 200, 180,

Reformküchen 375⁰⁰
natur lackiert oder weiß
lackiert, sehr zweck-
mäßig. ab

Speisezimmer
(unter Stöger)
besonders vorteilhaft, echt Eiche ge-
beizt, bestehend aus:
1 Büfett, 180 cm breit
1 Kredenz
1 Zweijugtlisch
4 Stühlen
mit prima Rindleder 795⁰⁰

Herrenzimmer
Eiche gebeizt, bestehend aus:
1 Bücherschrank
1 Schreibtisch
1 Tisch
1 Schreibstempel
mit prima Rindleder
2 Stühlen
mit prima Rindleder 685⁰⁰

Weitere Speisezimmer von RM. 595.—
an bis zu der elegantesten Ausführung.

Weitere Herrenzimmer in allen Preis-
lagen, in modernen Mustern

Schlafzimmer echt Eiche gebeizt,
bestehend aus:
1 Kleiderschrank
2 Betten mit Rahmen
1 Waschkommode mit Mar-
mor und Spiegel
2 Nachtschrän. m. Marmorpl.
2 Stühlen 650⁰⁰

Weitere Schlafzimmer von 765 bis 1300 M. in großer Auswahl!

**Korbmöbel, Goulanmöbel,
Salmöbel, Stüngerarmaturen**
usw. usw.

Wir erbitten Ihren zwanglosen Besuch.

Stichtag: 1. August — 24 Monatsraten ohne Anzahlung

Bei Barzahlung 4% Rabatt

Fahrtvergütung: Bei Käufen über 50 RM. die einfache
Fahrt 3. Klasse

Bei Käufen über 100 RM. auch die Rück-
fahrt 3. Klasse



**Bremer Konsum-
und Wirtschaftsverein**
gegründet 1870

Bekleidungs- und Möbelhaus
Bremen, Kaiserstraße-Drill

**Leicht und
schnell läuft jedes Rad**

mit Munderloh-G-Reifen
4.40 4.80 5.00 5.20

1 Jahr Garantie
Billige gute Decken
2.50 2.70 3.30

Rad - Munderloh
Ausnahmepreis f. Decken
mit Schönheitsfehlern

Sommersprossen!
Widel, Mittelst, gelbe Hende usw. beliebt
schnell und wider 20 m. G. r. e. m. e.
Zu haben: Kreuz-Drög, N. D. K. l. w. e. n.
Vandee Straße 43, beim Markt.

Saison - Sonder - Angebot!

Tafelbestecke für Hotel
und Privat
mit feinsten Silberanläge, 100 Stk., 60-
jährige schriftliche Garantie, Modernität
Nutzer, schwere erstklassige Ware zu
Fabrikpreisen. B. B. 72 Stk. Garantie
nur RM. 125.— mit Versand, sonstige
Zahlungen! Zahlungserleichterung!
Bestellen Sie sofort kostenlos Katalog
u. Preisliste. Lieferung ab Fabriklager.
**Karl Petersen, Stahl- & Metall-
Gefäßfabrik, Bedmannstraße 94.**